bicc / Common Position Brief

12/2024

Tschad

Länderinformationen zu den Europäischen Kriterien für Waffenexporte

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG **2**

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor **5**
Deutsche Rüstungsexporte 5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland 7
Militärausgaben 9
Lokale Rüstungsindustrie 10
Streitkräftestruktur 11
Bewaffnung der Streitkräfte 13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft 15
Polizei und andere Sicherheitskräfte 17

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts **19**
Einhaltung internationaler Verpflichtungen 19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland 20
Innere Lage im Empfängerland 24
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region 28
Bedrohung von Alliierten 30
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft 31
Unerlaubte Wiederausfuhr 34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes 35

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Der Tschad erhielt bislang keine größeren Rüstungsexporte aus Deutschland. Die erste Lieferung deutscher Rüstungsgüter in den Tschad erfolgte 2009. Seither wurden insbesondere die Botschaft, Hilfsorganisationen und die UN-Mission mit gepanzerten Fahrzeugen, Minenräumausrüstung und ballistischem Schutz beliefert. Einige andere Rüstungsexporte an das tschadische Militär wurden unter Verweis auf die schlechte Menschenrechtslage sowie die innere Lage im Empfängerland nicht genehmigt. In den Jahren 2021 bis 2023 wurden keine Anträge auf Ausfuhrgenehmigung gestellt.

Weil eine lokale Rüstungsindustrie fehlt, ist der Tschad in hohem Maße von Rüstungsimporten abhängig, um seine Streitkräfte auszustatten. Zu den wichtigsten Lieferanten zählen gegenwärtig (2019 – 2023) die Türkei, China, die Vereinigten Arabischen Emirate. Auch die Ukraine, Italien, Nigeria, Frankreich, Israel und die USA exportierten in den letzten Jahren Großwaffensysteme. Wie in der gesamten Region war der Lieferumfang allerdings verhältnismäßig gering – oftmals handelte es sich um Schenkungen.

Die Streitkräfte des Tschad gelten als kampferfahren. Mit 33.250 aktiven Soldat:innen, untergliedert in die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Staatssicherheitsdienst, gehört das Militär zu den stärksten in der zentralafrikanischen Region. 2015 wurde die Personalstärke des Militärs nach mehreren schweren Terroranschlägen im Land um 5.000 Soldaten erhöht. In der Bekämpfung dschihadistischer, bewaffneter Gruppen im Inland und der Region liegt mittlerweile eine seiner Hauptaufgaben. Antiterror-Operationen werden allerdings überwiegend im multinationalen Verbund getätigt. Seit 1998 ist der Tschad Teil der Multinational Joint Task Force; auch an der internationalen Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force war er zwischen 2017 und 2023 beteiligt. Im Rahmen der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen (MINUSMA) sind derzeit 1.449 tschadische Soldaten in Mali stationiert.

Die Landstreitkräfte sind die größte Teilstreitkraft des zentralafrikanischen Binnenstaats. Die Einsatzfähigkeit und Schlagkraft des Heeres werden allerdings maßgeblich von den überwiegend veralteten Waffensystemen beeinträchtigt. Mit 350 Soldaten ist die Luftwaffe des Tschad ziemlich klein, ist jedoch in der Lage eigenständig Luftunterstützung für das Heer zu bieten.

Das Militär spielt im Tschad eine wichtige, wenngleich problematische Rolle. Mehrere Militärputsche - erfolgreiche ebenso wie gescheiterte - prägen bis heute die politische Geschichte des Landes. Auch der langjährigePräsident und ehemalige Kommandeur Déby kam 1990 durch einen Militärputsch an die Macht. Bis zu seinem Tod im April 2021 war das Militär ein zentraler Faktor seines Machterhalts. Der heute amtierende, Mahamat Idriss Déby, ist der Sohn des verstorbenen Präsidenten. Er wurde durch das Militär ernannt, welches die Verfassung nach dem Tod von Déby Senior für 18 Monate außer Kraft setzte und im Mai 2024 offiziell gewählt.

Im Inland werden die Streitkräfte häufig zur innerstaatlichen Repression, beispielsweise zur Niederschlagung von Protesten im Zuge von Wahlen oder Verfassungsänderungen, eingesetzt. Das gesellschaftliche Vertrauen in das Militär im Tschad ist gering. Ursachen dafür sind die hohe Korruption und Klientelismus. Mehrfach wurden außergesetzliche Tötungen,

Entführung und Folter durch Militärs dokumentiert; aufgrund des Klimas der Straflosigkeit wurden die Menschenrechtsverletzungen jedoch nicht juristisch verfolgt. Vielerorts kann die Armee die Sicherheit der Zivilbevölkerung nicht gewährleisten.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Der Tschad zählt dem Human Development Index zufolge zu den ärmsten und sogenannten „unterentwickeltsten" Ländern weltweit. Korruption, Arbeitslosigkeit, Armut, eine unzureichende Gesundheitsvorsorge und schlechte Bildungschancen stellen das zentralafrikanische Land vor große Probleme.

Der Tschad war in Bürgerkriegszeiten Schauplatz internationaler Interventionen, beispielsweise durch Frankreich und Libyen. Seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 gab es zahlreiche Rebellionen und Umstürze. Diese vollzogen sich entlang ethnischer Konfliktlinien. Zu Zeiten der französischen Kolonialherrschaft verliefen sie zwischen dem politisch und militärisch dominanten Süden und den nördlichen Regionen. Seit der Beendigung des Bürgerkrieges 1979 finden Machtkämpfe vor allem zwischen, aber auch innerhalb, ethnischen Gruppen aus dem Norden statt. Der ehemalige Präsident Idriss Déby heizte diese Konflikte an, indem er zentrale Positionen vor allem mit ihm loyalen Angehörigen seiner ethnischen Gruppe (Zaghawa) besetzte.

Auch heute herrschen in einigen Regionen des Tschad gewaltsame Konflikte. Immer wieder kommt es zu Angriffen durch Rebell:innengruppen. Diese wurden vom tschadischen Militär - häufig mit militärischer Unterstützung durch Frankreich - aufgehalten. Der letzte Angriff fand im April 2021 statt. Der ehemalige Präsident Idriss Déby wurde 2021 durch ungeklärte Umstände bei einem Truppenbesuch im Norden durch Kämpfe mit Rebell:innen getötet. Danach putschte sich sein Sohn Mahamat Déby an die Macht und kündigte Neuwahlen an. Die ursprünglich geplanten Neuwahlen, die innerhalb von 18 Monaten stattfinden sollten, wurden um zwei Jahre verschoben, was im Oktober 2022 zu Protesten führte, bei denen mindestens 50 Menschen starben und 300 verletzt wurden. Am 6. Mai 2024 wurde Idriss Déby dann mit 61 Prozent wiedergewählt. Die Glaubwürdigkeit des Wahlergebnis wird international bezweifelt.

Zudem bestehen in einigen Landesteilen lokale Auseinandersetzungen um Land. Darüber hinaus bekämpft das Militär die dschihadistische Miliz Boko Haram, die in der Tschadseeregion aktiv ist. Bei Angriffen werden jährlich hunderte Menschen getötet, verwundet oder entführt. Seit 2015 wurden über 100.000 Menschen vertrieben. Gelegen in einer politisch angespannten Region, beteiligt sich der Tschad über seine Grenzen hinweg militärisch an der Bekämpfung bewaffneter Gruppen. In Zusammenarbeit mit regionalen Partnern und unter Einsatz militärischen Personals ist er sowohl an der Multinational Joint Task Force (MNJTF) against Boko Haram. Auch an der G5 Sahel Joint Force war der Taschad bis zu deren Auflösung Ende 2023 mit eigenen Truppen beteiligt. Im Rahmen der UN-Mission MINUSMA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali) hat das Land Soldat:innen und Beobachter:innen nach Mali entsandt. Problematisch sind die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die im Rahmen dieser Einsätze begangen wurden und an denen zum Teil auch tschadische Soldat:innen beteiligt waren.

Der Tschad ist mit illegalem Handel sowie Schmuggel von Menschen und Drogen konfrontiert. Auch Waffen und Munition werden illegal gehandelt. Wie in der gesamten Sahelregion

sind auch hier der Verlust und die Verbreitung von Kleinwaffen aus nationalen Arsenalen ein Problem. Gezielte Angriffe bewaffneter Gruppen auf militärische Einrichtungen tragen dazu bei. Auch Fälle, in denen beschlagnahmte illegal eingeführte Waffen (zum Beispiel aus Libyen) durch tschadische Sicherheitskräfte auf dem Schwarzmarkt weiterverkauft wurden, sind dokumentiert.

Der Tschad zählt auf dem afrikanischen Kontinent zu den repressivsten Diktaturen. Der von 1990-2021 amtierende Präsident Idriss Déby baute seine Machtposition kontinuierlich aus. Formal ist der Tschad allen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten. De facto werden Menschenrechte jedoch systematisch verletzt, sei es in Form der Unterdrückung und Niederschlagung von zivilem Protest oder in Form der willkürlichen Verhaftung von Gewerkschaftler:innen, Oppositionspolitiker:innen und Journalist:innen. Menschenrechtsorganisationen berichten regelmäßig über Folter und menschenunwürdige Haftbedingungen.

Laut Amnesty International wurden 24,2% der Frauen zwischen 20 und 24 im Alter von 15 Jahren verheiratet. Im Zeitraum vom Januar 2023 bis Juni 2023 wurden beim Gender Based Violence Information Management System 1.879 Fälle der geschlechterspezifischen Gewalt gemeldet. Menschen die aus dem Sudan in den Tschad fliehen, sind einem besonders hohen Risiko der geschlechterspezifischen Gewalt ausgesetzt.

Der Tschad ist eins der ärmsten Länder der Welt und gilt nicht nur als „low-income economy", sondern auch als hochverschuldet. Aufgrund der schwach diversifizierten und kleinen Wirtschaft ist das Land abhängig von Ölexporten und Landwirtschaft und gilt als sehr krisenanfällig. 88 % der Bevölkerung leben von Subsistenzwirtschaft. Die menschliche Entwicklung ist entsprechend desaströs. Im HDI belegt das Land einer der letzten Plätze und so gut wie alle sozioökonomischen Indikatoren weisen auf die desaströse Lage hin, die sich auch in der schleppenden bis stagnierenden Zielerreichung der SDGs widerspiegelt. Nicht einmal die grundlegendsten Ziele scheinen sich zu verbessern. Zusätzliche Stressoren (wie bspw. ein hohes Bevölkerungswachstum oder zunehmende klimatische Extrembedingungen) werden die Lage in naher Zukunft vermutlich verschlimmern – außerdem stellen Korruption und bewaffnete Gruppen in der Region ein großes Entwicklungshindernis dar. Die Militärausgaben lagen in den vergangenen 10 Jahren bei durchschnittlich 2,6%, Gesundheitsausgaben bei 4,7 % und Bildungsausgaben bei 2,5 % des BIP. Das ohnehin stark militarisierte, hoch verschuldete LDC läuft also Gefahr, dass überhöhte Verteidigungsausgaben die Entwicklung des Landes negativ beeinflussen. Rüstungsexporte in den Tschad sind demnach in Hinblick auf Kriterium acht als kritisch zu bewerten.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1
Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamt-wert
1999	---	---
2000	---	---
2001	---	---
2002	---	---
2003	---	---
2004	---	---
2005	---	---
2006	---	---
2007	---	---
2008	---	---
2009	Geländefahrzeug mit Sonderschutz (WFP Support Office): 53,7% Testgerät für Panzerabwehrwaffe: 27,6%	0,236
2010	---	---
2011	---	---
2012	Geländewagen mit Sonderschutz (Botschaft): 100%	0,142
2013	---	---
2014	---	---
2015	---	---
2016	Fahrzeugschutzsysteme und Teile für Fahrzeugschutzsysteme: 99,7%	0,725
2017	Gebläsefiltergeräte: 100%	0,002

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamt-wert
2018	Minenräumausrüstung (Hilfsorganisation), Geländewagen mit Sonderschutz (VN-Mission, Botschaft) und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumausrüstung (Hilfsorganisation), ballistischen Schutz (VN-Mission): 100%	0,837
2019	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 100,0%	0,001
2020	---	---
2021	---	---
2022	---	---
2023	---	---

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz https://www.bmwk.de

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

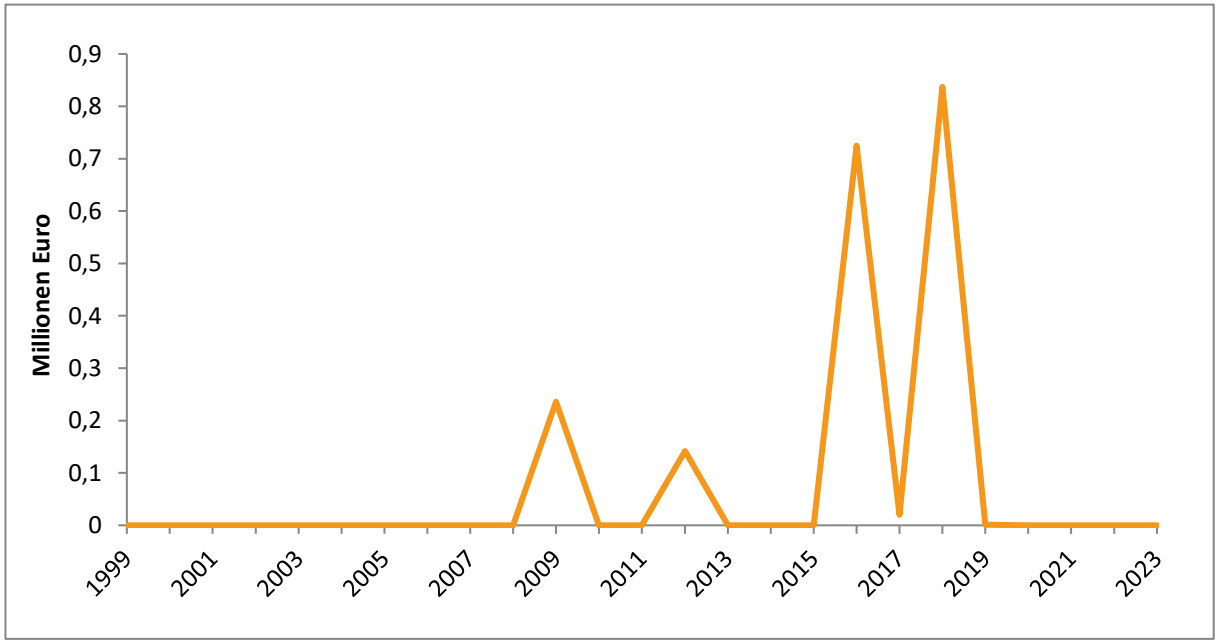


Tabelle 2
Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Tschad 2000-2023

Da in der SIPRI-Datenbank nur Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2023 jedoch keine Großwaffensysteme an den Tschad geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Der Tschad erhielt bislang keine größeren Rüstungslieferungen aus Deutschland. Erstmalig wurden 2009 Exporte an den der zentralafrikanische Binnenstaat bewilligt. Endempfänger war aber das World Food Programm, welches Geländewagen mit Sonderschutz erhielt. Zusätzlich geliefert wurden 2009 auch Testgeräten für Panzerabwehrwaffen (wohl an die staatlichen Sicherheitskräfte) und Gewehre mit KWL-Nummer und zehn Maschinenpistolen, plus zugehörige Bestandteile (für die UN-Mission MINURCAT).

Seither wurden Fahrzeugschutzsysteme, gepanzerte Geländewagen für die Botschaft und Gebläsefiltergeräte – jeweils in einem finanziellen Volumen von unter einer Millionen Euro – geliefert. 2018 genehmigte die Bundesregierung darüber hinaus die Lieferung von Geländewagen mit Sonderschutz, Minenräumausrüstung und ballistischem Schutz für eine Botschaft, die Vereinten Nationen und Hilfsorganisationen.

In den Jahren 2000, 2002, 2006-2008 sowie 2011 wurden einige Rüstungsexporte in den Tschad nicht genehmigt. Die Bundesregierung begründete dies insbesondere mit der Missachtung der Menschenrechte und der prekären inneren Lage im Tschad. Zuletzt (2021 – 2023) wurden keine Ausfuhrgenehmigungen beantrag.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3
Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Tschad 2019-2023, Mio. TIV[1]

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	1	4	43	5	26	79

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

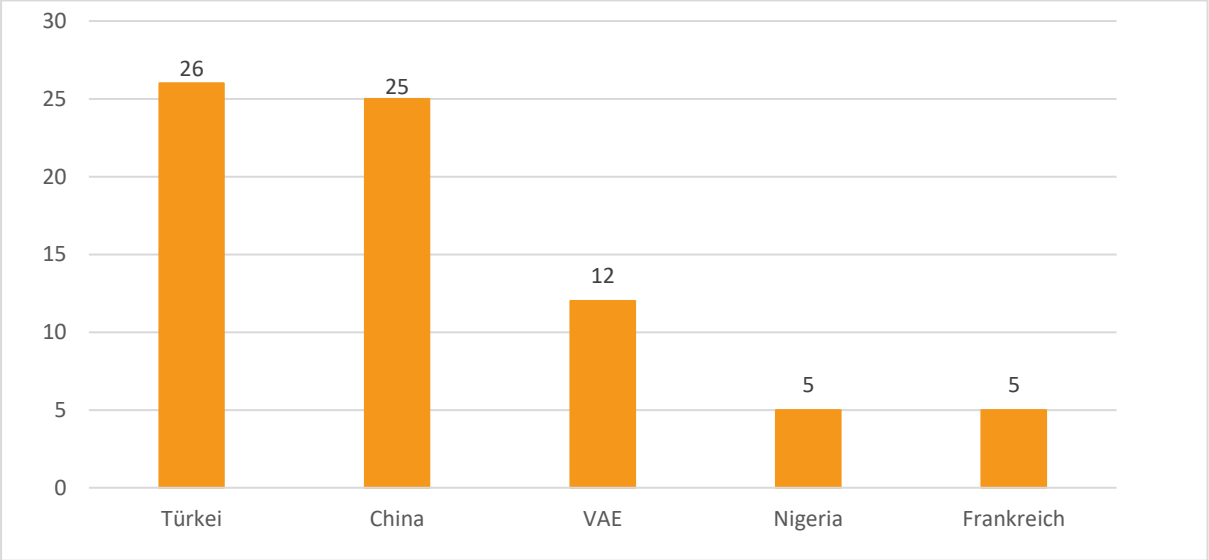
[1] SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables

Tabelle 4
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Tschad 2019-2023, Mio. TIV

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme an den Tschad lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

Schaubild 2
Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Da der Tschad über keinerlei eigene Rüstungsindustrie verfügt, ist das zentralafrikanische Land wesentlich von Rüstungsimporten abhängig, zu denen allerdings, wie in vielen anderen afrikanischen Staaten, in den vergangenen Jahren verhältnismäßig wenige moderne Großwaffensysteme gehörten. Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2024) nahm der Tschad 2019 bis 2023 die 93. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

In den letzten fünf Jahren war die Türkei wichtigster Rüstungslieferant des Tschad. So erhielt der Tschad von dort zwischen 2021 und 2022 30 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ NMS. Hinzu kamen 2023 zwei im Jahr 2022 bestellte bewaffnete Anka Drohnen. Im selben Jahr (2023) lieferte die Türkei auch drei Trainings-/Kampfflugzeuge des Typs Hurkus-C an den Tschad. Ebenfalls 2022 2022 bestellte der Tschad wahrscheinlich zudem eine unbekannte Anzahl an türkischen CIRIT Anti-Schiff-Raketen. Diese wurden bisher jedoch nicht ausgeliefert.

China war zwischen 2019 und 2023 der zweitwichtigste Lieferant von Rüstungsgütern für den Tschad. In diesem Zeitraum erhielt der Tschad aus China zehn Type-59G Kampfpanzer.

Auf dem dritten Platz rangieren die VAE, die in den Tschad 2021 60 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Terrier LT-79 exportierten und 2023 18 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ MCAV-20 stifteten.

Auch Nigeria – viertwichtigster Lieferant von Rüstungsgütern für den Tschad – lieferte gepanzerte Mannschaftstransporter: So er hielt der Tschad zwischen 2021 und 2022 schätzungsweise 20 Stück vom Typ Ara-2.

Frankreich, als fünftwichtigster Rüstungslieferant des Tschad im genannten Zeitraum, lieferte zwischen 2019 und 2020 sieben Bastion Fahrzeuge, die durch EU-Hilfen finanziert wurden. Im Jahr 2021 erhielt der Tschad außerdem zehn Kampfpanzer (Type-59G), zwölf gebrauchte, ebenfalls gestiftete gepanzerte Fahrzeuge (ERC-90) und zwei Dieselmotoren, die vermutlich gebraucht und ebenfalls gestiftet sind und als Ersatzteile für die ERC-90 dienen sollen.

In den vorangegangenen Jahren waren die USA der wichtigste Rüstungslieferant für den Tschad. So stifteten die USA zwei Cessna-208 Caravan Transportflugzeuge zur Luftraumüberwachung sowie 88 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ David. Seit 2017 schenkten die USA dem Tschad zudem über 200 Pick-Up Trucks, sechs Boote sowie Ausrüstung zur medizinischen Versorgung und Kommunikation, um das Kontingent des Tschad für die G5 Sahel Joint Force bei ihrem Anti-Terror-Einsatz in der Tschadsee-Region zu stärken und den illegalen Handel in der Grenzregion zu Libyen einzudämmen (die letztgenannten Schenkungen sind jedoch nicht in der SIPRI-Datenbank gelistet). Auch die Ukraine gehörte lange zu den wichtigsten Rüstungsexporteuren des Tschads: Sie verkaufte in den vergangenen Jahren unter anderem 122 gebrauchte BMP-1 sowie 12 BTR-3 Schützenpanzer, sechs ausgemusterte Mil Mi-24 Kampfhubschrauber und zehn Suchoi Su-25 Kampfflugzeuge. Aus Israel importierte der Tschad zwischen 2006 und 2008 42 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ RAM-2000, von denen 2015 weitere elf Stück eintrafen.

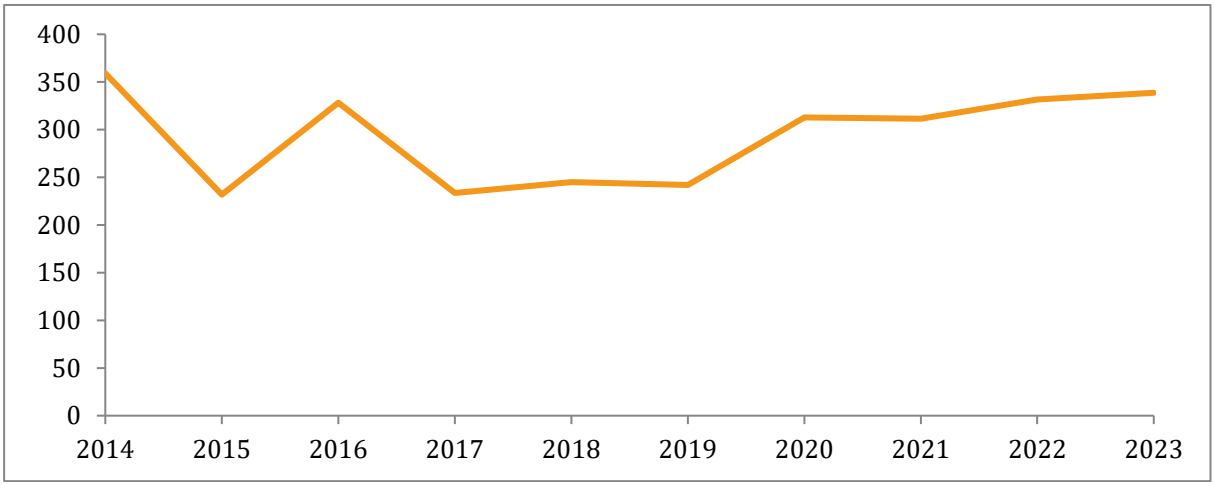
Militärausgaben

Tabelle 5
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	242	313	311	332	339
Anteil am BIP (in Prozent)	2,1	3,0	2,8	2,7	2,9
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	14,9	15,4	14,9	14,6	15,3

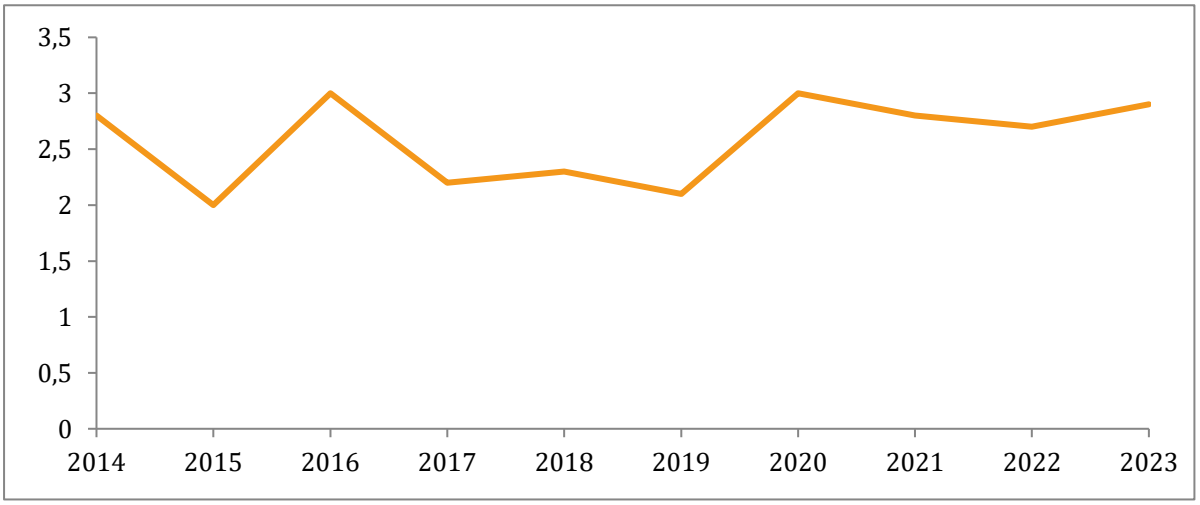
Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3
Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4
Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Zu Zeiten des Kalten Krieges versorgten die USA und Frankreich den Tschad im Zuge ihrer Containment Politik umfassend mit gebrauchten Rüstungsgütern. Eine eigenständige Rüstungsindustrie hat sich auch nach der Unabhängigkeit 1960 nicht entwickelt. Abgesehen von Anlagen zur Wartung und Instandhaltung von Waffensystemen verfügt das Land derzeit über keinerlei inländische verteidigungsindustrielle Kapazitäten. Deshalb ist der Tschad nach wie

vor zur Ausstattung seiner Streitkräfte in hohem Maße von Importen aus dem Ausland abhängig. Teilweise werden geschmuggelte und durch tschadische Sicherheitskräfte konfiszierte Waffen und Munition in die nationalen Rüstungsbestände überführt.

Im Dezember 2014 wurde jedoch ein rüstungsindustrielles Kooperationsabkommen mit der Türkei unterzeichnet, dessen Genehmigung vom türkischen Präsidenten Erdoğan im Mai 2017 erfolgte. Darin verpflichten sich die Vertragsparteien zukünftig zur gemeinsamen Forschung, Entwicklung und Produktion von Waffensystemen. 2019 wurde zudem ein Abkommen öffentlich gemacht, dass den Informationsaustausch, gemeinsame Operationen und Kooperation hinsichtlich Ausbildung, Logistik und Cybersicherheit und ebenso Kooperationen innerhalb der Verteidigungsindustrien vorsieht. Das Abkommen wurde so formuliert, dass weitere darüberhinausgehende Vereinbarungen möglich sind, aber nicht offengelegt werden müssen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 18 Monate.

Box 1
Gesamtstärke der Streitkräfte

33.250 aktive Streitkräfte, davon:
Heer: 27.500
Luftwaffe: 350
Staatssicherheitsdienst: 5.400

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 11.900, davon:
Gendarmerie: 4.500
National and Nomadic Guard (GNNT): 7.400
Police Mobile Intervention Group (GMIP): k. A.

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	30,4	30,4	30,4	30,4	33,2	33,2	33,2	33,2
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	2,1	2,1	2	1,9	2,1	2	1,9	1,9

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Kommentar

Das tschadische Militär umfasst 33.250 aktive Soldat:innen, untergliedert in drei Teilstreitkräfte (Heer, Luftwaffe, Staatssicherheitsdienst) sowie die Gendarmerie, die National and Nomadic Guard und die Police Mobile Intervention Group als paramilitärische Einheiten. Über eine Marine verfügt der Binnenstaat nicht.

Tschads Streitkräfte gelten als kampferfahren. Nachholbedarf besteht insbesondere auf doktrinärer Ebene und in den Bereichen Militärstrategie sowie Command and Control. Kampferfahrung sammelte die Armee in den Bürgerkriegen, im Kampf gegen Rebell:innenangriffe und in libysch-tschadischen Grenzkriegen. Die tschadischen Streitkräfte beteiligten sich auch am libyschen Bürgerkrieg 2011, bei dem Soldat:innen der Republikanischen Garde (Teilstreitkraft bis 2018) an der Seite Ghaddafis kämpften. Ein Infanterieregiment mit 1.200 Soldat:innen sowie zwei Unterstützungsbataillonen mit insgesamt 800 Soldat:innen unterstützten zudem die französische Operation Serval 2013 bei der Bekämpfung der Imuschar-Rebell:innen und fundamentalistischen Islamist:innen im Norden Malis.

Nach mehreren schweren Terroranschlägen im Jahre 2015 wurde die Personalstärke des Heeres um 5.000 Soldat:innen vergrößert. Derzeit liegt eine der Hauptaufgaben der tschadischen Sicherheitskräfte in der Bekämpfung dschihadistischer, bewaffneter Gruppen im Inland und in der Region. Die Streitkräfte des Tschads sind seit 1998 Teil der Multinational Joint Task Force (MNJTF), an der auch Kamerun, Benin, Niger und Nigeria beteiligt sind und deren Hauptaufgabe die Durchführung von Anti-Terror-Operationen ist. Die MNJTF, deren Hauptquartier in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena liegt, verfügt über ziviles Personal und circa 10.000 Soldat:innen.

Auch an der internationalen Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force (Tschad, Mali, Niger, Burkina Faso, Mauretanien) waren tschadische Soldat:innen beteiligt. Die G5 Sahel Joint Force wurde 2017 gegründet, um islamistische Extremist:innen in der Sahelzone mit strategischer und logistischer Unterstützung durch Frankreich - militärisch zu bekämpfen. Im Zuge der G5 leisteten französische und US-amerikanischen Soldat:innen auch Ausbildungshilfe. Die Allianz löste sich offiziell am 6. Dezember 2023 auf, nachdem Mali im Mai 2022 und Niger und Burkina am 3. Dezember 2023 ihren Austritt verkündeten.

Im Rahmen der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen (MINUSMA) befanden sich lange über 1.000 Soldat:innen in Mali, womit der Tschad der zweitgrößte Truppensteller war. Im Einsatz waren dabei eine Special-Forces-Kompanie sowie zwei Infanterie-Bataillone des Heeres. Probleme bereiteten den entsandten Streitkräften der Mangel an logistischen Kapazitäten.

Durch den libyschen Bürgerkrieg kommt auch der nördlichen Grenzsicherung mittlerweile eine verstärkte Bedeutung zu. Bereits im Oktober 2017 wurden Teile der 2.000 im Niger stationierte Einheiten dorthin verlagert. Damit reagierte der ehemalige Präsident Idriss Déby auch auf die Aktivitäten von aus Libyen operierenden, oppositionellen Gruppen wie die Front for Change and Concord in Chad (FACT), das Military Command Council for the Salvation of the Republic (CCMSR) und die Union of Resistance Force (UFR), die 2008, 2009, im Februar 2019 und erneut 2021 versuchten, den Langzeitherrscher durch die Eroberung N'Djamenas zu stürzen.

Der allgemeine Zusammenhalt der Streitkräfte ist eher schwach und leidet an wiederkehrenden ethnischen Spannungen und mangelnder Disziplin. Nach dem Tod des kurz zuvor wiedergewählten Präsidenten Idriss Déby Itno im April 2021 übernahm sein Sohn, Mahamat

Déby, die Macht. Nach anfänglichen Befürchtungen, dass dies zu weiterer Unsicherheit im Land beitragen würde, scheint sich dessen Macht jedoch zu konsolidieren. Er wurde im Mai 2024 offiziell gewählt, womit die geltende Übergangsperiode beendet wurde. Die Wahl wird seitens der Opposition als unrechtmäßig bzw. manipuliert bezeichnet. Nach Verkündung der Ergebnisse kam es zu Zusammenstößen zwischen Unterstützern:innen Déby's und des oppositionellen Lagers um Succes Masra. In N'djamena soll es dabei zu Feiergefechten gekommen sein, in deren Zuge 12 Menschen getötet und 90 weitere verletzt wurden. Die Armee brachte die Lage durch Entsendung von Truppen schließlich unter Kontrolle und stellte sich damit hinter den (neuen) Präsidenten.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7
Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	74	
Aufklärer	265	
Schützenpanzer	131	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	149	
Gepanzerte Nutzfahrzeuge	Mehr als 110	
Artillerie	Mehr als 34	
Panzerabwehr	Einige	Eryx, Milan, M40A1
Luftabwehr	Einige	Boden-Luft-Raketen (2K12 Kub, 9K310 Igla-1) und Geschütze (Shilka, ZU-23)

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die Landstreitkräfte sind die größte Teilstreitkraft des zentralafrikanischen Binnenstaats, die auch über die umfangreichste Ausrüstung verfügt. Im regionalen Vergleich ist das Heer deutlich kampferfahrener und wesentlich stärker aufgestellt als in den Nachbarstaaten Kamerun, Niger oder der Zentralafrikanischen Republik. Einsatzfähigkeit und Schlagkraft des tschadischen Heeres werden allerdings durch größtenteils veraltete Waffensysteme beeinträchtigt. Es verfügt u. a. über 60 schwere, in der ehemaligen Sowjetunion produzierte T-55 Kampfpanzer. Außerdem halten die Streitkräfte 14 ZTZ-59G Kampfpanzer. Seit 2013 verfügen die Landstreitkräfte außerdem über 20 bis 30 WMA-301 Jagdpanzer aus China, eine modifizierte Exportversion des PTL-02 Assaulter.

Unter den 265 Spähpanzern befinden sich überwiegend veraltete Modelle wie die sowjetischen BRDM-2 oder Französische Modelle wie ERC-90F und AML-60/90 – letztere sind Schenkungen Frankreichs aus den 1980er Jahren. Moderner sind lediglich die 30 gepanzerten Truppentransporter vom Typ RAM-2000 aus Israelischer Produktion oder die 22 französischen Mannschaftstransporter vom Typ Bastion Patsas, die 2012 geliefert wurden. Die Mehrzahl der 131 Schützenpanzer sind veraltete BMP-1 Modelle, die 2008 gebraucht aus der Ukraine importiert wurden. Auch die Waffen der Artillerie und die Kapazitäten zur Panzer- und Luftabwehr sind überwiegend veraltet.

Überdies setzt die Armee des Tschad auch Pick-Ups und Trucks wie Toyota Hilux u. A. sog. Technicals - als Träger für schwere Maschinengewehren und unterschiedlichen Flugabwehrgeschütze der ZPU-Familie. Gegenwärtig werden diese insbesondere zur Bekämpfung bewaffneter Gruppen wie Boko Haram eingesetzt. Dazu erhielten die an der Grenze zu Libyen eingesetzten tschadischen Spezialkräfte im Februar 2017 86 neue Fahrzeuge aus den USA. Im November 2018 stifteten die USA unter anderem sechs Boote und sechs Kleinlastwagen; im Juli 2019 lieferten sie 16 Lastwagen, modernes Kommunikationsequipment sowie weitere 80 Toyota Land Cruiser an die tschadische Armee. Im Juli 2020 stifteten sie weitere 28 gepanzerte Fahrzeuge, zehn Lastwagen, acht Wassertankwagen und zwei Wartungsfahrzeuge.

Tabelle 8
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeug	1	Eingelagert
Erdkampfflugzeuge	10	Davon drei eingelagert
Aufklärer	2	
Transportflugzeuge	10	Davon 3 Passagierflugzeuge
Ausbildungsflugzeuge	7	Davon 6 kampffähig
Kampfhubschrauber	5	
Mehrzweckhubschrauber	8	
Transporthubschrauber	2	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Mit 350 Soldat:innen verfügt der Tschad über eine relativ kleine Luftwaffe, die aber durch die französische Ausbildung mittlerweile dazu befähigt wurde, eigenständig Kampfeinsätze zu fliegen. Dazu stehen der Luftwaffe gegenwärtig ein MiG-29S Abfangjäger, zehn Su-25 Kampfflugzeuge sowie fünf Mi-24V Kampfhubschrauber zur Verfügung. Auch sechs der sieben Trainingsflugzeuge sind bewaffnet. Die Beschaffung der zehn gebrauchten Suchoi Su-25 Kampfflugzeuge aus der Ukraine hat die luftgestützten Kapazitäten für Bodenangriffe

wesentlich verbessert. Durch die US-amerikanische Schenkung von zwei Cessna 208B Caravan (in den USA mit ISR-Kapazitäten ausgestattet) konnten auch die Luftaufklärungs- und Überwachungsfähigkeiten erheblich verbessert werden, welche insbesondere für die Bekämpfung des Terrorismus in der Region von erheblicher Bedeutung sind.

Der Import von zwei italienischen Maschinen des Typs Leonardo C-27J verbesserte ab 2013 auch die Transportkapazitäten der Luftwaffe. Denn der überwiegende Anteil der zur Verfügung stehenden Transportflugzeuge, wie die C-130 Hercules von 1989 sowie die ehemals sowjetischen Maschinen vom Typ An-26, sind veraltet. Zum Transport stehen den Luftstreitkräften zudem zur Verfügung: Zwei Mi-171 Transporthubschrauber, drei Mi-17, zwei SA316 (aus französischer Produktion) sowie drei AS-550C2 Fennec Mehrzweckhubschrauber, die zwischen 2009 und 2010 gebraucht aus Singapur importiert wurden. Berichten zufolge beschädigte ein Sturm im Juli 2017 rund 20 Prozent der Ausstattung der tschadischen Luftflotte auf der Militärbasis in N'Djamena. Betroffen waren neben dem in der Schweiz produzierten Mehrzweckflugzeug drei Airbus-Mehrzweckhubschrauber Fennec, zwei der zehn Bodenangriffsflugzeuge vom Typ Su-25UB sowie der MiG-29 Abfangjäger sowjetischer Bauart. Beim Wiederaufbau wurde der Tschad u. a. von den USA unterstützt.

Gegenwärtig liegt die wesentliche Aufgabe in der Bekämpfung von Islamist:innen- und Rebell:innengruppen wie Boko Haram und FACT. Dazu operiert die tschadische Luftwaffe gelegentlich auch im Luftraum von Nachbarstaaten (z. B. Nigeria). Im Februar 2019 bombardierten Kräfte der tschadischen und der unterstützenden französischen Luftwaffe gemeinsam aus Libyen vorrückende Rebell:innen der Union der Widerstandsstreitkräfte (UFR). Neben dem innerstaatlichen Einsatz gegen Rebell:innengruppen flog die Luftwaffe im Darfur-Konflikt 2009 auch Angriffe auf Ziele im Sudan.

Box 2
Peacekeeping

Westsahara (MINURSO): 1 Soldat:in

Quelle: IISS Military Balance 2024

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Das Militär spielt im Tschad eine wichtige, wenngleich problematische Rolle. Mehrere Militärputsche prägen bis heute die politische Geschichte. Der erste tschadische Präsident François Tombalbaye wurde 1975 bei einem Putsch durch die Gendarmerie getötet. Es folgte eine dreijährige Militärherrschaft unter General Félix Malloum. Auch Hissène Habré, der viele Jahre Rebell:innenführer der Nationalen Befreiungsfront Tschads (FROLINAT) war und dann von 1982 bis zu seiner Absetzung 1990 den Tschad diktatorisch regierte, drängten die bewaffneten Truppen des bis April 2021 amtierenden Präsidenten Idriss Déby aus dem Amt. Idriss Déby war ausgebildeter Kampfpilot und Kommandeur im ersten Bürgerkrieg zwischen 1965 und 1979, in dem die Regierung gegen die FROLINAT kämpfte. Bis zuletzt stützte das Militär die Macht des Präsidenten.

Es bekämpft im Inneren nicht nur dschihadistische Milizen, sondern richtet sich, beispielsweise in Form der Niederschlagung von Demonstrationen, auch repressiv gegen die

Zivilbevölkerung. So schlugen etwa vor und nach der Präsidentschaftswahl im April 2016 Sicherheitskräfte die von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen initiierten friedlichen Proteste und Streiks gegen eine fünfte Amtszeit Débys gewaltsam nieder. In allen größeren Städten des Landes gab es Tote und Verletzte unter den vorwiegend jugendlichen Demonstrierenden.

1991 erfolgte mit französischer Unterstützung eine Umstrukturierung des Militärs, die unter anderem das Ziel hatte, es in ethnischer Hinsicht zu pluralisieren und damit die Dominanz der ethnischen Gruppe des damaligen Präsidenten Idriss Déby (Zaghawa) zu beschränken. Dies blieb jedoch weitestgehend erfolglos. Noch heute ist die ethnische Gruppe der Zaghawa überproportional im tschadischen Militär vertreten.

Zwischen 1998 und den frühen 2000er Jahren kam es zu einer weiteren Reorganisation des Militärs. Nachdem die Regierung 2004 festgestellt hatte, dass sie 24.000 Soldat:innen bezahlte, obgleich in der Realität lediglich 19.000 Personen existierten, entließ sie mehrere ranghohe Offizier:innen. Dies führte vermutlich zur Meuterei des Militärs im Mai 2004, an der sich überwiegend Mitglieder der Republikanischen Garde beteiligten und die nach kurzer Zeit scheiterte. Viele Mitglieder dieser bis dahin 5.000 Soldat:innen umfassenden militärischen Einheit desertierten nach Beginn des Bürgerkriegs 2005 (siehe auch Kapitel „Spannungen und innere Konflikte") und formierten sich im Osten des Landes unter dem Namen „Socle pour le changement, l'unité nationale et la démocratie" (abgekürzt SCUD). Sie griffen Kasernen an und erbeuteten dabei staatliche Waffen. Im Oktober 2015 wurde die Garde per Dekret aufgelöst und durch die DGSSIE, eine präsidiale Eliteeinheit, ersetzt.

Im November 2018 strukturierte Déby seinen Sicherheitsapparat erneut um, indem er General Daoud Yaya, der zuvor Chef der Gendarmerie war, zum Verteidigungsminister machte. Alle Reformen im Sicherheitsapparat dienten Déby letztlich dazu, seine Macht zu festigen.

Das gesellschaftliche Vertrauen in das Militär im Tschad ist gering. Ursachen dafür sind die hohe Korruption, Patronage und Klientelismus. Vielerorts kann die Armee die Sicherheit nicht gewährleisten. Im Nordwesten beispielsweise vertrauen die Menschen den Soldat:innen nicht, da diese im Namen der Terrorismusbekämpfung die traditionellen Routen für den grenzüberschreitenden Viehhandel mit Nigeria und Niger sperren. Außerdem erhebt die Bevölkerung den Vorwurf, dass sich das Militär das beste Land um den Tschadsee sicherte. Es habe zudem die Bevölkerung, die ihren Lebensunterhalt bisher überwiegend mit Fischfang bestritt, von den meisten Inseln im tschadischen Teil des Sees vertrieben. Die Menschen, vor allem in der Region um den Tschadsee herum, fürchten nicht nur die islamistische Miliz Boko Haram, sondern auch die Gewaltanwendung durch das Militär im Zuge des Anti-Terror-Kampfes. So verweist Amnesty International darauf, dass tschadische Militärs Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Multinational Joint Task Force (MNJTF) gegen Boko Haram begangen haben (darunter außergesetzliche Tötungen, Entführungen und Folter). Gleichzeitig herrsche ein Klima der Straflosigkeit, denn es seien keine Fälle bekannt, in denen Soldat:innen, die unter dem Verdacht stehen, Menschenrechte verletzt zu haben, strafrechtlich verfolgt würden.

Nach Idriss Débys Tod (20. April 2021, nur einen Tag nach seiner Wiederwahl) wurde sein Sohn, Mahamat Idriss Déby, zum Präsidenten des fünfzehnköpfigen Militärrates gewählt und ernannte eine Übergangsregierung. Diese besteht aus mehreren Militärs und Vertrauten des ehemaligen Präsidenten und aus bereits amtierenden Ministerpräsident:innen. Dazu wurde das Parlament aufgelöst und die Verfassung außer Kraft gesetzt. Es wird aber erstmals auch der Versuch angestellt, die Opposition miteinzubinden. So wurde beispielsweise ein

populärer Gegner Débys, Mahamat Ahmat Alhabo, zum Justizminister und Lydie Beassemda zur Bildungsministerin ernannt. Insgesamt sind neun Frauen in der Übergangsregierung vertreten und es wurde außerdem ein „Ministerium für Nationale Versöhnung" geschaffen. Neuwahlen sollten ursprünglich innerhalb von 18 Monaten abgehalten werden, wurden dann jedoch um nochmals zwei Jahre verschoben, was zu gewaltsamen Protesten führte, bei denen es im Oktober 2022 mindestens fünfzig Tote und 300 Verletzte gab. Am 6. Mai wurde Déby mit 61 Prozent wiedergewählt. Der Gegenkandidat - Succes Masra – erklärte sich schon vor der offiziellen Verkündung der Ergebnisse sich klaren Sieger der Wahl und focht die Wahlergebnisse erfolglos an. Mehrer NGOs zweifelten die Glaubwürdigkeit der Wahl an., da u.A bereits im März die prominenten Oppositionellen der Übergangsregierung Nassour Ibrahim Neguy Koursami und Rakhis Ahmat Saleh von der Wahl ausgeschlossen worden waren. In etlichen Städten des Landes kam es nach Verkündigung der Ergebnisse zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Anhängern der unterschiedlichen politischen Lager. Die Armee griff jedoch auf Seiten Déby's ein und löste die Proteste gewaltsam auf.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 9
Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.
https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Der tschadische Sicherheitsapparat besteht neben der Armee aus der Gendarmerie, die dem Verteidigungsministerium untersteht, sowie der Nationalpolizei, die wiederum dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit und Immigration gegenüber berichtspflichtig ist. Die Gendarmerie umfasst 4.500 Personen. Neben der Gendarmerie gibt es noch die National und Nomadic Guard (GNNT) und die Police Mobile Intervention Group (GMIP).

Polizei und Gendarmerie gelten als schlecht ausgestattet und mangelhaft ausgebildet. Dadurch können sie ihrer Aufgabe, für öffentliche Sicherheit zu sorgen, nur begrenzt nachkommen. Besonders in ländlichen Regionen sind sie - wenn überhaupt - nur eingeschränkt präsent. Die Grenzpolizei sieht sich aktuell insbesondere mit dem Problem der transnationalen, organisierten Kriminalität in Form von Schmuggel und illegalem Handel mit Menschen, Drogen, Waffen und Munition konfrontiert. Für diese Aufgaben ist sie kaum vorbereitet. Im Zuge der G5 Sahel – einem Regionalbündnis, in dem Burkina Faso, Mauretanien, Mali, Niger und Tschad zusammenarbeiten – wurden auch Polizeiangestellte in ihrem Umgang mit grenzüberschreitender Kriminalität geschult. Das Bündnis löste sich jedoch Ende 2023 auf, so dass dieser Teil der Ausbildung entfällt.

Korruption ist im Sicherheitsapparat weit verbreitet. Dem Corruption Perceptions Index der Nichtregierungsorganisation Transparency International zufolge erreichte der Tschad

2022 19 von 100 möglichen Punkten und landete damit auf Platz 167 von 180. Auch die Bertelsmann Stiftung verweist in ihrem Länderbericht 2020 darauf, dass Korruption unter Sicherheitskräften im Tschad üblich ist. Dies werde durch ein Klima der Straflosigkeit noch begünstigt. Gleichzeitig drohen jenen Personen, die über Korruptionsfälle berichten, Diskriminierung und Repressalien (beispielsweise Verhaftungen oder Geldstrafen). Lokale Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen berichteten außerdem, dass Teile der justiziellen Polizei – diese ist innerhalb der Nationalpolizei angesiedelt und ist autorisiert, Verhaftungen vorzunehmen – nicht immer gerichtliche Urteile gegen Militärpersonal oder Angehörige der eigenen ethnischen Gruppe umsetzen.

Problematisch ist auch die Verletzung von durch die Verfassung garantierten Schutzrechten durch tschadische Sicherheitskräfte, beispielsweise von inhaftierten Personen. Oftmals werden Inhaftierte lange ohne Anklage und ohne Zugang zu Rechtsbeistand festgehalten. Die Haftbedingungen im Tschad gelten Freedom House zufolge als „gefährlich". Darüber hinaus werden tschadischen Sicherheitskräften außergesetzliche Tötungen und Folter vorgeworfen. Staat und Justiz verfolgen solche Fälle nur mangelhaft.

Das Regime Débys setzte die Sicherheitskräfte auch zur Niederschlagung von zivilen Protesten ein. Bei Protesten, die die Opposition anlässlich der Wahlen 2016 organisiert hatte, setzen Polizeikräfte exzessiv Gewalt ein und töteten und verletzten zahlreiche Personen. Oppositionelle, die kurz nach der Wahl in staatlichen Gewahrsam genommen worden waren, „verschwanden" (siehe auch Kapitel „Achtung der Menschenrechte im Empfängerland"). Auch bei der Verlängerung der Übergangsregierung und den Neuwahlen im Mai 2024 kam es zu der gewaltvollen Niederschlagung von Protesten.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 10
Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba) von 2006	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Nicht beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Der Tschad ist den jüngsten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten, zahlreichen anderen wichtigen Abkommen allerdings nicht. Am 25. September 2013 hat das zentralafrikanische Land den Arms Trade Treaty unterzeichnet (ratifiziert: März 2015), der auf internationale Standards für den Handel mit Waffen abzielt. Damit soll unter anderem auch dem illegalen Waffenhandel vorgebeugt werden. Der Nicht-Beitritt zu Konventionen wie dem Verbot bestimmter konventioneller Waffen, dem Chemiewaffenprotokoll oder Atomwaffen ist jedoch äußerst kritisch.

Gegen den Tschad ist derzeit weder von der Europäischen Union noch von den Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 11
Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Unterschrieben, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 3
Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were two positive human rights developments in Chad during the year. In June, the transitional parliament adopted a preliminary draft constitution that voters approved in a December 17 referendum. Although the process was widely criticized as not fully inclusive, approximately 86 percent of voters reportedly supported the referendum, with participation rates of nearly 63 percent. Interim president Mahamat Idriss Deby issued numerous pardons during the year, including significant numbers of political prisoners. He pardoned hundreds of those detained following the October 2022 demonstrations in three waves of releases in March, May, and July.
Significant human rights issues included credible reports of: arbitrary or unlawful killings, including extrajudicial killings; enforced disappearance; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by the government or on behalf of the government; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; arbitrary or unlawful interference with privacy; unlawful recruitment or use of child soldiers by nonstate armed groups including Boko Haram and the Islamic State West Africa Province; serious restrictions on freedom of expression and media freedom, including unjustified arrests or prosecutions of journalists, and censorship; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental and civil society organizations; inability of citizens to change their government peacefully through free and fair elections; serious and unreasonable restrictions on political participation; serious government corruption; extensive gender-based violence, including domestic or intimate partner violence, sexual violence, child, early, and forced marriage, and female genital mutilation/cutting; crimes involving violence or threats of violence targeting members of some ethnic groups in the south, including violent conflict between herding and farming communities; trafficking in persons, including forced labor; laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct between adults that authorities enforced; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; and the existence of the worst forms of child labor. The government did not take credible steps to identify or punish officials who may have committed human rights abuses. Boko Haram and ISIS-West Africa were reported to have

killed numerous civilians and military personnel. Authorities investigated some incidents but initiated no prosecutions as of year's end.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/chad

Box 4
Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023

Victims' families were still awaiting justice for alleged unlawful killings by security forces during demonstrations in October 2022. The rights to freedom of expression, association and peaceful assembly continued to be restricted. Clashes in the south caused the deaths of more than 100 villagers. The right to food security was threatened by rising prices, poor rainfall, the mass arrival of refugees from Sudan and Victims' families were still awaiting justice for alleged unlawful killings by security forces during demonstrations in October 2022. The rights to freedom of expression, association and peaceful assembly continued to be restricted. Clashes in the south caused the deaths of more than 100 villagers. The right to food security was threatened by rising prices, poor rainfall, the mass arrival of refugees from Sudan and a lack of humanitarian assistance. Early marriages and gender-based violence continued at high levels. a lack of humanitarian assistance. Early marriages and gender-based violence continued at high levels.

Quelle: Amnesty International Report April 2024
https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/

Box 5
Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024

Bewertung für den Tschad auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:
Bürgerliche Rechte: 14/60
Politische Rechte: 1/40
Gesamtbewertung: Nicht frei (15/100)
Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6
Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024

The death of longtime president Idriss Déby Itno in 2021 triggered a military coup that installed his son, Mahamat Idriss Déby Itno, as a transitional president, after which the junta announced that it would oversee an 18-month transition period. In 2022, Déby organized the Sovereign Inclusive National Dialogue (DNIS), which extended the transition period by two years. Opposition to his continued rule has generated protests by political and civil society activists, who in turn have faced violence, imprisonment, torture, and intimidation at the hands of security forces. Multiple insurgencies led by rebel factions in the north and the Islamist extremist group Boko Haram around Lake Chad continue to threaten physical security.

Quelle: https://freedomhouse.org/country/chad/freedom-world/2024

Kommentar

Die Menschenrechtslage im Tschad ist kritisch. Der Tschad zählt zu den repressivsten Regimen des Kontinents. Bereits 2004 hob der damalige Präsident Idriss Déby die von der Verfassung vorgesehene Beschränkung auf zwei Amtszeiten auf. Der Raum für eine aktive Zivilgesellschaft im Tschad ist eng. Die Regierung unterdrückt die Opposition massiv, insbesondere vor Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. So schlugen die Sicherheitskräfte im April 2016 die von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen initiierten friedlichen Proteste und Streiks gegen die fünfte Kandidatur von Präsident Idriss Déby gewaltsam nieder. Die Repression betraf auch Militärs, die für die Opposition gestimmt hatten: Berichte gehen von mindestens 47 bis 60 „verschwundenen" Soldat:innen aus. Zudem wurden vier Sicherheitskräfte, deren Körper Spuren von Folter aufwiesen, tot im Chari-Fluss aufgefunden. Die Opposition bewertet die Wiederwahl von Staatspräsident Idriss Déby im Jahr 2016 vor diesem Hintergrund als unrechtmäßig. Auch die Wiederwahl im April 2021, kurz vor dem Tod des Präsidenten, wurde von mehreren einschlägigen Institutionen, wie etwa Human Rights Watch, als unfair und unfrei eingestuft. Im April 2018 implementierte das Parlament mittels einer von der Opposition boykottierten Abstimmung eine Verfassungsänderung, die das Amt des:der Regierungschef:in abschafft und die alleinige Machtposition von Präsident Idriss Déby im reinen Präsidialsystem ohne Vizepräsident:in und Regierungschef:in erneut deutlich stärkte.

Die im Zuge des Anti-Terror-Kampfes verschärften Sicherheitsmaßnahmen verstärken insbesondere den Druck nach Innen. So erweiterte die Regierung im Januar 2017 die Kompetenzen des Geheimdienstes, wodurch der Bewegungsspielraum der politischen und zivilgesellschaftlichen Opposition weiter eingeschränkt wurde. Abgeordnete und Gewerkschaftler:innen, die die schlechte Regierungsführung, die grassierende Korruption und extreme Armut anprangern, sind ständig von staatlichen Repressalien bedroht. Willkürliche Verhaftungen von Oppositionspolitiker:innen werden von einer korrupten Justiz flankiert.

Verfassungsrechtliche Garantien der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gelten im Tschad de facto nicht. Amnesty International zufolge wurden 2017 etwa zahlreiche friedliche Versammlungen verboten und deren Organisator:innen sowie Teilnehmer:innen verhaftet, beispielsweise auch zwei Anhänger:innen einer Bürgerrechtsbewegung, die dazu aufgerufen hatten, am Jahrestag der Wahl zum Zeichen des Protestes gegen Straflosigkeit und Korruption die Farbe Rot zu tragen. Mit dem Vorwurf der versuchten Verschwörung wurden sie ohne Zugang zu ihren Familien und Anwält:innen festgehalten und eigenen Berichten zufolge gefoltert. Freedom House verweist darauf, dass die Regierung auch 2018 etliche Demonstrationen verbot. Im Januar 2018 beschossen Sicherheitskräfte bei einer Versammlung Demonstrierende mit Tränengas und nahmen rund 60 Studierende fest.

In der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen" lag der Tschad 2022 auf Platz 104 von 180 Staaten. Medienschaffende, die Kritik am Regime, der hohen Korruptionsrate oder der weitreichenden Armut im Land erheben, laufen Gefahr, für ihre Meinungsäußerungen bedroht, eingeschüchtert oder strafrechtlich verfolgt zu werden. Obgleich die Verfassung Pressefreiheit theoretisch garantiert, wird sie in der Praxis immens eingeschränkt. Willkürliche Verhaftungen führten zum Teil auch zur Selbstzensur von Medienschaffenden, um den staatlichen Repressalien zu entgehen. Hinzu kommt, dass sich die meisten Medienunternehmen entweder in staatlichem oder im Besitz von Privatpersonen, die enge Verbindungen zum Regime pflegen, befinden. Eine unabhängige Medienberichterstattung existiert

deshalb kaum. Im Juli 2019 wurde die von Präsident Déby eingeführte vollständige Blockade sozialer Medien nach mehr als einem Jahr zwar wieder etwas gelockert, doch die Radiosender, die nach wie vor das Hauptmedium zur Nachrichtenverbreitung in der Bevölkerung sind, unterliegen weiterhin strengen Kontrollen.

Viele Jahre (nachweislich von 2006 bis 2013) setzte der Tschad Kinder, sowohl in den Streitkräften und der Polizei als auch in diversen nicht-staatlichen Milizen, als Soldat:innen ein. Seit 2014 besteht ein Aktionsplan gegen Kindersoldat:innen, der den Einsatz in den nationalen Streitkräften verbietet.

Die Einbindung von Oppositionellen und Frauen in die Übergangsregierung durch den neu ins Amt gekommene Sohn Débys, Mahamat Idriss Déby, ist hervorzuheben. Die Gender Ungleichheit bleibt im Tschad jedoch hoch. Im Global Inequality Index der UN belegt Tschad den 163. Platz von 166 insgesamt. Auch beim Global Gender Gap Index des Economic Forums liegt der Tschad auf einem der untersten Plätze, 144. Platz von 146 insgesamt. Laut Amnesty International wurden 24,2% der Frauen zwischen 20 und 24 im Alter von 15 Jahren verheiratet. Im Zeitraum vom Januar 2023 bis Juni 2023 wurden beim Gender Based Violence Information Management System 1.879 Fälle der geschlechterspezifischen Gewalt gemeldet. Menschen die aus dem Sudan in den Tschad fliehen, sind einem besonders hohen Risiko der geschlechterspezifischen Gewalt ausgesetzt. Das Fehlen von Schutzräumen, Unzureichende Unterkünfte und der hohe Stresslevel tragen zu diesem erhöhten Risiko bei.

Im Tschad verbietet das Gesetz Beziehungen von Menschen des gleichen Geschlechts. Bei Verurteilung drohen bis zu 2 Jahren Haft und Strafzahlungen zwischen 50.000 und 500.000 CFA francs (ca. 75-750 US Dollar).

Die ursprünglich geplanten Neuwahlen, die innerhalb von 18 Monaten stattfinden sollten, wurden um zwei Jahre verschoben, was im Oktober 2022 zu Protesten führte, bei denen mindestens 50 Menschen starben und 300 verletzt wurden. Am 6. Mai 2024 wurde Idriss Déby dann mit 61 Prozent wiedergewählt. Sein Hauptkonkurrent Succes Masra erklärte sich vor der offiziellen Bekanntgabe der Ergebnisse selbst zum Sieger, scheiterte jedoch mit seiner Anfechtung der Wahl. Mehrere NGOs zweifelten die Glaubwürdigkeit der Wahl an, da prominente Oppositionelle wie Nassour Ibrahim Neguy Koursami und Rakhis Ahmat Saleh bereits im März ausgeschlossen worden waren. Die Verkündung der Wahlergebnisse führte in verschiedenen Städten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der politischen Lager.

Innere Lage im Empfängerland

Box 7
Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Chadian President Idriss Déby-Itno, who had just been elected for his sixth term, passed away in late April 2021 under unclear circumstances while visiting troops fighting against the Front for Change and Concord in Chad (Front pour l'Alternance et la Concorde au Tchad), a politico-military movement advancing toward the capital. According to the constitution, the president of parliament was supposed to serve as interim president and organize new elections within 90 days. However, the Transitional Military Council, led by Déby's son Mahamat, seized power immediately, disregarding the constitutional process and raising

concerns about a potential dynastic power grab by the Déby clan. The period under review was dominated by the ongoing transition, characterized by tensions between the political elite and the political and civil oppositions. The ruling elite sought to establish a legal framework to maintain its hold on power through the creation of institutions and legislation. In contrast, the opposition took to the streets to resist retention of power by the old elites, resulting in clashes between demonstrators and security forces on October 20, 2022, which led to the highest death toll recorded in a single day. One prominent opposition member called for an investigation by the International Criminal Court into the junta leaders for alleged crimes against humanity. Peace negotiations between the transition government and over 50 politico-military movements in Doha resulted in a peace agreement, signed by 40 movements in August 2022, followed by a national dialogue. However, the most powerful military factions, including the Front for Change and Concord in Chad, refused to sign the agreement, claiming that their demands were not met. In October 2022, a National Dialogue Forum, claiming to represent all social and political groups, decided to extend the transition period to two years instead of the initially planned 18 months. This reset the timeline. Mahamat Déby was inaugurated as president for the transition. A new constitution and general elections are supposed to mark the end of the transition, allowing Mahamat Déby potentially to run for president, contrary to African Union regulations. Elections are scheduled to take place no later than the end of 2024. Poverty levels have continued to rise in Chad, exacerbating the challenges the population faces due to inflation and lack of purchasing power. Furthermore, extensive flooding during the 2022 rainy season affected Chad's southern regions and parts of the capital, N'Djamena, displacing hundreds of thousands of people and damaging farmland. This has resulted in crop failures and increased risk of hunger.

Quelle: ***https://bti-project.org/en/reports/country-report/TCD***

Spannungen und innere Konflikte

Zahlreiche Konflikte prägen die innere Lage des Tschad. In dem multiethnischen Land (circa 120 ethnische Gruppen) erlangten unter der französischen Kolonialherrschaft ethnische Gruppen aus dem Süden militärische und politische Dominanz, die zu jahrzehntelangen Konflikten mit Gruppen aus dem Norden des Landes führte. Während im trockenen Norden eher nomadische, muslimisch-arabisch geprägte Bevölkerungsgruppen leben, wohnen im fruchtbaren Süden, wo sich auch die Erdölfelder befinden, vor allem sesshafte, afrikanisch-christlich geprägte Gruppen.

Der erste Aufstand seit der Unabhängigkeit von Frankreich (1960) fand im Jahr 1965 statt. Bei einer Revolte gegen den damaligen Präsidenten François Tombalbaye, Protestant und Angehöriger der ethnischen Gruppe Sara-Madjingaye aus dem Süden, starben im Süden des Landes im November dieses Jahres 500 Menschen. 1966 dann gründete sich im Sudan die National Liberation Front of Chad (FROLINAT) in Gegnerschaft zu Tombalbaye. Die FROLINAT agierte aus dem Norden Tschads und forderte in ihrem Programm unter anderem die Abkehr von konfessioneller Politik und ethnischer Diskriminierung. Sie kritisierte, dass unter Tombalbaye alle zentralen Stellen in Militär und Politik durch nicht-muslimische Angehörige südlicher Gruppen besetzt worden waren. Während des blutigen Bürgerkriegs, der bis 1979

andauerte, tötete die Gendarmerie bei einem Putsch 1975 Tombalbaye. Zwischen 1975 und 1978 errichtete General Félix Malloum, der aus einer christlichen Familie aus dem Süden Tschads stammte, eine Militärherrschaft. Da es ihm nicht gelang, die FROLINAT zu besiegen, beteiligte er schließlich Teile der Bewegung an der Regierung. So wurde der ehemalige FROLINAT-Führer Hissène Habré, ethnischer Tubu aus dem Norden Tschads, Premierminister. Im Februar 1979 eskalierten interne Differenzen der Regierung und Habré schickte seine Truppen in N'Djamena gegen Malloums Armee. Nachdem Habré 1979 Malloum aus dem Amt gedrängt hatte, endete auch die politische und militärische Dominanz des Südens. Die Machtkämpfe verlagerten sich vor allem auf Rivalitäten zwischen ethnischen Gruppen aus dem Norden.

Schon kurz nach Beendigung dieses Bürgerkrieges kam es erneut zu Auseinandersetzung und Kämpfen zwischen der tschadischen Regierung und Rebell:innen. 1980 begann ein weiterer Bürgerkrieg, an dem sich andere afrikanische Staaten, allen voran Libyen, beteiligten. Unter internationaler Vermittlung führte die Übereinkunft von Lagos im Jahr 1979 zu einer 18-monatigen Übergangsregierung unter Präsident Goukouni Oueddei, dem Verteidigungsminister Hissène Habrés. Auch Goukouni Oueddei war Angehöriger der nördlichen ethnischen Gruppe Tubu und Mitglied der FROLINAT. Der tschadische Bürgerkrieg überschnitt sich zeitlich mit dem Grenzkrieg mit Libyen (1978-1987). Libyen hatte Goukouni im Konflikt gegen Malloum zunächst aktiv unterstützt. Später intervenierte es, wobei ihm interne Spannungen und militärische Auseinandersetzung zwischen Habrés Truppen, die vom Sudan und Ägypten unterstützt wurden, und den Truppen unter Goukouni Vorschub leisteten. Mit Hilfe der USA, Frankreichs und Zaires (heute Demokratische Republik Kongo) gelang es dem ins Exil vertriebenen Habré 1987, die von Libyen unterstützen Rebell:innen zurückzudrängen. Am 11. September 1987 vereinbarten die Konfliktparteien dann einen Waffenstillstand.

Als Idriss Déby, ethnischer Angehöriger der nördlichen Gruppe Zaghawa, 1990 nach einem Militärputsch die Macht im Tschad übernahm, gab es kurz die Hoffnung einer demokratischen Öffnung des Landes. Doch Déby installierte schrittweise Angehörige seiner ethnischen Gruppe in zentralen Stellen des Staates, im Militär und der Wirtschaft. Zwischen 1993 und 1997 kam es zu kleineren Kämpfen der Regierung mit verschiedenen Rebell:innengruppen. Ihnen folgten zwischen 1997 und 2003 militärische Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Rebell:innen der Mouvement pour la democratie et la justice au Tchad (MDJT), die von Débys ehemaligem Verteidigungsminister Youssouf Togoïmi (ethnischer Tubu) gegründet worden war. Als wichtigste, überwiegend im Nordwesten aktive Rebell:innengruppe wurde die MDJT im Zuge des Waffenstillstandsabkommens 2003 schließlich in die staatlichen Streitkräftestrukturen integriert.

Im Jahr 2005 brach im Tschad abermals ein Bürgerkrieg aus, nachdem die Verfassungsänderung über die Aufhebung der Beschränkung der Amtszeiten des:der Präsident:in den Gegner:innen des Regimes (sowie den Teilen der Elite, die sich Hoffnung auf eine Übernahme des höchsten Amtes gemacht hatten) die letzte Hoffnung auf Veränderungen genommen hatte. Im April 2006 griff die Vereinte Front für den Wechsel (FUC), die zahlreiche Rebell:innengruppen in ihrer Gegnerschaft zu Déby vereinte, die Hauptstadt an. Mit militärischer Unterstützung Frankreichs gelang es der tschadischen Regierung, den Umsturz zu verhindern. Bis 2010 folgten zahlreiche Kämpfe zwischen der Regierung und mehreren Rebell:innengruppen, die vom Sudan unterstützt wurden. Mit einem Abkommen am 15. Januar 2010 zwischen dem Tschad und Sudan fand der Bürgerkrieg sein Ende. Die Rebell:innengruppen – darunter die Union of Forces for the Resistance (UFR), die FACT (Front pour l'alternance et la concorde au

Tchad) und die CCMSR (Conseil de commandement militaire pour le salut de la République), die nicht mehr auf die sudanesische Regierung bauen konnten, gingen in den Untergrund, zogen sich vornehmlich in die Region Darfur zurück oder verdingten sich als Söldner:innen in Libyen.

Doch auch nach dem Abkommen von 2010 kehrte kein Frieden ein. Im Mai 2013 wurde Regierungsaussagen zufolge ein mutmaßlicher Umsturzversuch von Rebell:innengruppen gegen Präsident Idriss Déby vereitelt. Drei Monate zuvor hatte die UFR bereits mit erneuter Rebellion gedroht. Im Februar 2019 stoppte die tschadische Armee mit Hilfe französischer Luftschläge einen Rebell:innen-Konvoy der UFR im Nordosten des Landes. Mehr als 40 Fahrzeuge der Rebell:innen wurden zerstört und über 250 Personen festgenommen und zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt. Zuletzt rückten 2021 erneut Rebell:innen der FACT auf tschadisches Staatsgebiet vor.

Idriss Déby wurde 2021 durch ungeklärte Umstände bei einem Truppenbesuch im Norden durch Kämpfe mit Rebell:innen getötet. Danach putschte sich sein Sohn Mahamat Déby an die Macht und kündigte Neuwahlen an. Die ursprünglich geplanten Neuwahlen, die innerhalb von 18 Monaten stattfinden sollten, wurden um zwei Jahre verschoben, was im Oktober 2022 zu Protesten führte, bei denen mindestens 50 Menschen starben und 300 verletzt wurden. Am 6. Mai 2024 wurde Idriss Déby dann mit 61 Prozent wiedergewählt. Sein Hauptkonkurrent Succes Masra erklärte sich vor der offiziellen Bekanntgabe der Ergebnisse selbst zum Sieger, scheiterte jedoch mit seiner Anfechtung der Wahl. Mehrere NGOs zweifelten die Glaubwürdigkeit der Wahl an, da prominente Oppositionelle wie Nassour Ibrahim Neguy Koursami und Rakhis Ahmat Saleh bereits im März ausgeschlossen worden waren. Die Verkündung der Wahlergebnisse führte in verschiedenen Städten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der politischen Lager.

Auch auf der lokalen Ebene gibt es zahlreiche gewaltsame Konflikte, insbesondere um den Zugang zu landwirtschaftlichen Nutzflächen und Wasser. So sind staatlichen Angaben zufolge seit August 2019 über 50 Menschen bei Auseinandersetzungen zwischen Viehzüchter:innen (überwiegend Zaghawa) und sesshaften Bauern:Bäuerinnen in der östlichen Provinz Ouaddai gestorben. In Folge der gewaltsamen Rivalitäten verhängte Präsident Déby, der insbesondere mit der Besetzung zahlreicher zentraler Positionen durch Angehörige seiner ethnischen Gruppe eben diese Konflikte weiter befeuert, im August 2019 den Ausnahmezustand in der Region Tibesti, an der Grenze zu Niger, sowie den Regionen Sila und Ouaddai, die an den Sudan grenzen. Der Ausnahmezustand wurde im September 2019 um weitere vier Monate verlängert.

Ausnahmezustand herrscht auch in der Region des Tschadsees, die wiederholt von der aus Nigeria stammenden dschihadistische Miliz Boko Haram angegriffen wurde. Am 18. Dezember 2019 griffen Anhänger:innen von Boko Haram zum Beispiel das Fischer:innendorf Kaiga an. 14 Zivilist:innen starben, fünf weitere Personen wurden verletzt und 13 Menschen werden seither vermisst. Am 23. März 2020 ereignete sich der bislang schwerste Angriff von Boko Haram im Tschad auf einen Militärstützpunkt in Boma. Über 100 Soldat:innen wurden dabei getötet. Mehrere Soldat:innen wurden entführt, mehr als 50 verletzt. Zudem wurden große Teile der Ausrüstung gestohlen. Die Situation in der Tschadsee-Region ist prekär: Rund 130.000 tschadische Binnenvertriebene und circa 10.000 Geflüchtete aus den Nachbarländern sind auf der Flucht vor Boko Haram und brauchen humanitäre Hilfe. Zudem verübte die Miliz im Jahr 2015 an drei aufeinanderfolgenden Tagen vier Bombenanschläge in der Hauptstadt N'Djamena. Im Rest des Landes war Boko Haram bislang nicht aktiv.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Die Republik Tschad liegt in Zentralafrika und verfügt über eine Fläche von 1.284.000 Quadratkilometer. Der Binnenstaat grenzt im Norden an Libyen, im Süden an die Zentralafrikanische Republik, im Osten an Sudan und im Westen an Niger, Kamerun und Nigeria. Der Tschad schließt den östlichen Teil des Tschadbeckens mit dem größten Teil des Tschadsees ein.

Politische Situation in der Region

Der Tschad liegt in einer politisch äußerst angespannten Region. Der Fragile State Index attestiert dem zentralafrikanischen Land und seinen Nachbarländern ein äußerst hohes Maß an Fragilität und politischer Instabilität. Abgesehen von Niger und Nigeria sind die politischen Systeme in der gesamten Region dem Freedom House Index zufolge als „nicht frei" klassifiziert. Der Bertelsmann Transformation Index klassifiziert den Tschad, Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, Sudan und Libyen darüber hinaus als „hard-line autocracies".

Die angespannte innerpolitische und humanitäre Situation in Libyen führt zu Fluchtbewegungen in der Region. Seit Februar 2011 befindet sich das nordafrikanische Land im Bürgerkrieg und verfügt aktuell über mehrere Machtzentren, die sich politisch gegenüberstehen.

Im Sudan herrschte von 1989 bis 2019 Omar al-Baschir autoritär und repressiv. Im April 2019 setzte das Militär Baschir in Folge von Massenprotesten wegen Korruptionsvorwürfen ab. Die folgende Übergangsregierung bestand jeweils zur Hälfte aus militärischen und zivilen Akteuren. Konflikte mit Rebell:innengruppen, vor allem in der Region Darfur, schwelen weiter. Im Zuge des tschadischen Bürgerkrieges zwischen 2005 und 2010 unterstützte die sudanesische Regierung zudem Rebell:innengruppen im Tschad, während der Tschad wiederum von sudanesischen Rebell:innengruppen unterstützt wurde. Der Konflikt zwischen dem Tschad und Sudan konnte 2010 mit einem Abkommen beigelegt werden (siehe Kapitel „Spannungen und innere Konflikte").

Die autoritär geführte Zentralafrikanische Republik ist durch eine problematische Sicherheitslage, Fragilität und schwache Staatlichkeit gekennzeichnet. Zurzeit ist die Friedensmission der Vereinten Nationen MINUSCA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the Central African Republic) im Land aktiv. Gleichzeitig spricht die Bertelsmann Stiftung von rund 450.000 Geflüchteten und circa 430.000 Binnenvertriebenen im Land. Laut dem UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) sind rund 2,8 Millionen Menschen vulnerabel und benötigen humanitäre Hilfe.

Nigeria, Niger und Kamerun befinden sich aktuell im gewaltsamen Konflikt mit dschihadistischen Milizen. Wie auch im Südwesten Tschads verübt dort Boko Haram regelmäßig Angriffe, bei denen Hunderte sterben, verwundet oder entführt werden.

Boko Haram hat sich ursprünglich in Nigeria gegründet, ist heute jedoch grenzüberschreitend aktiv. Mit fast 2,3 Millionen Vertriebenen und Geflüchteten ist die Region um den Tschadsee zu einem der gefährlichsten Krisenherde weltweit geworden. Alleine im Nordwesten des Tschad, einer ohnehin armen Region, suchen mittlerweile mehr als 130.000 Binnenvertriebene Zuflucht. Viele von ihnen fliehen vor Boko Haram. Aus diesem Anlass wurde die

Multinational Joint Task Force (MNJTF) against Boko Haram gegründet, an der neben Kamerun, Nigeria, Niger und dem Tschad auch Benin mit einem kleineren Truppenkontingent partizipiert. Die Truppenstärke beläuft sich auf circa 10.000 Soldat:innen. Die MNJTF steht unter politischer Führung der Tschadseebecken-Kommission und ist vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union mandatiert. Länder in der westafrikanischen Region, wie beispielsweise Niger und Mali, befinden sich nicht nur mit Boko Haram, sondern auch mit anderen dschihadistischen Gruppierungen wie AQIM (al-Qaida in the Islamic Maghreb) oder Absplitterungen des Islamischen Staates im bewaffneten Konflikt. Der Kampf gegen islamistische, militante Gruppen ist auch das Ziel der G5 Sahel Joint Force, an der neben dem Tschad Niger, Mali, Mauretanien und Burkina Faso teilnehmen und die vom UN-Sicherheitsrat sowie vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union gebilligt wurde. Die Truppenstärke soll 5.000 Soldat:innen erreichen. Das Einsatzgebiet erstreckt sich jeweils über 50 Kilometer auf beiden Seiten der gemeinsamen Grenzen. Die UN-Mission MINUSMA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali), zu welcher der Tschad 1.420 Soldat:innen entsandt hatte, endete Ende Dezember 2023, nach dem Malis Militärregierung einen Abzug der Truppen forderte.

Im Rahmen der Bekämpfung militanter, islamistischer Gruppierungen in der Region kommt es nachweislich immer wieder zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und zu Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht. Laut Human Rights Watch fürchten die Menschen in der Region aktuell nicht nur Angriffe bewaffneter Extremist:innen, sondern auch den Einsatz von Sicherheits- und Streitkräften. In Hinblick auf die MNJTF wiesen Expert:innen bei Briefings des UN-Sicherheitsrates bereits im Jahr 2017 darauf hin, dass bei militärischen Operationen in der Region – nationalen wie jenen unter der MNJTF – teilweise gegen internationales humanitäres Recht verstoßen werde. Es mangele an einem Rahmenkonzept, das die Einhaltung der Menschenrechte durch die Eingreiftruppen garantiere. So verübten zum Beispiel in Kamerun Sicherheitskräfte vornehmlich gegen Angehörige muslimischer Gemeinschaften Menschenrechtsverletzungen. Tschadische Truppen waren in Menschenrechtsverletzungen in der Zentralafrikanischen Republik involviert. Im März 2014 etwa griffen tschadische Soldat:innen einen Markt in der zentralafrikanischen Hauptstadt Bangui an, töteten rund 30 Zivilist:innen und verletzten hunderte weitere. Im Rahmen der UN-Mission MINUSMA wurde dokumentiert, dass malische Soldat:innen, die der G5 Sahel Joint Force angehörten, auf dem Viehmarkt von Boulikessi im Mai 2018 12 Zivilist:innen töteten. Kritisiert werden auch die Haftbedingungen mutmaßlicher Anhänger:innen von Boko Haram.

Grenzkonflikte

Der Tschad war von 1978 bis 1987 in einen Grenzkrieg mit Libyen involviert. Libyen intervenierte insgesamt viermal im Tschad (1975, 1979, 1983 und 1986) und unterstützte zudem im Bürgerkrieg die Rebell:innengruppierung FROLINAT (siehe Kapitel „Spannungen und innere Konflikte"). Der Ursprung des Grenzkrieges lag in der libyschen Besetzung des Aouzou-Streifens im Norden des Tschads. Obwohl Libyen ein Freundschaftsabkommen geschlossen und eine Unterstützung für die tschadischen Rebell:innen zuvor abgelehnt hatte, entsandte es 1972 Truppen in den Aouzou-Streifen, den es geografisch für sich reklamierte, um dort einen Luftstützpunkt einzurichten. In den nächsten Jahren ging der Konflikt zwischen dem Tschad und Libyen in verschiedenen Konstellationen und Koalitionen jahrelang weiter. Auf

inneren und äußeren Druck hin willigten die Konfliktparteien schließlich 1987 in einen Waffenstillstand ein. 1988 erkannte Libyen Hissène Habré als Präsidenten des Tschad an und nahm wieder diplomatische Beziehungen auf. Die Territorialstreitigkeit um den Aouzou-Streifen wurde schließlich vor den Internationalen Gerichtshof gebracht, der 1994 entschied, dass das Gebiet zum Tschad gehört. Dies setzten beide Parteien ohne Zwischenfälle um und Libyen zog seine restlichen Truppen ab. Aktuell hat der Tschad keine Territorialstreitigkeiten oder Grenzkonflikte.

Regionale Rüstungskontrolle

Der Tschad ist Mitglied der Central African Convention for the Control of Small Arms and Light Weapons, their Ammunition and all Parts and Components that can be used for their Manufacture, Repair and Assembly – auch Kinshasa Convention genannt –, welche die Economic Community of Central African States (ECCAS) im Jahr 2010 beschlossen hat. Sie trat am 8. März 2017 in Kraft. Ziele des Abkommens sind die Vorbeugung und Bekämpfung von illegalem Handel und Schmuggel von kleinen und leichten Waffen (SALW), die Verbesserung der Kontrolle über die Herstellung, den Handel, den Transfer und Besitz von SALW, die Bekämpfung bewaffneter Gewalt in Zentralafrika sowie die Stärkung von Kooperation und Dialog der partizipierenden Staaten.

Die Konvention enthält auch zentrale Beschlüsse, welche die Rolle von Endverbleibszertifikaten (EUC) aufwerten sollen. Im Zuge dessen werden Standards für EUC festgelegt, die auf subregionaler Ebene umgesetzt werden sollen. Das Endverbleibszertifikat dient zur Identifizierung, Kontrolle und Zertifizierung des Endnutzers und des Verwendungszwecks, bevor die zuständigen Behörden eine Import- oder Exportlizenz erteilen. In dem Dokument sollen Informationen zu den entsprechenden Waffen sowie zu den involvierten Akteuren (Hersteller, Händler, Zwischenhändler, Zulieferer), zur Versandroute sowie eine Beschreibung der Endnutzung enthalten sein. Die teilnehmenden Staaten verpflichten sich, die notwendigen administrativen Prozesse und Dokumente zu schaffen, um die regionale Kontrolle von SALW zu verbessern. Das Abkommen verpflichtete die ECCAS zudem, Umsetzungshilfen zu bieten.

Zudem hat das Land die Bamako Declaration on an African Common Position on the Illicit Proliferation, Circulation and Trafficking of Small Arms and Light Weapons sowie die Khartoum Declaration of Agreement between parties of the conflict in South Sudan unterzeichnet.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Zuge der Opération Barkhane sind rund 1.500 französische Soldat:innen im Tschad präsent, wo sich seit Ende 2014 das Hauptquartier der Mission befindet. Der Tschad zählt auf dem afrikanischen Kontinent zu den wichtigsten militärischen Bündnispartnern Frankreichs. Aufgabe der Mission ist die Bekämpfung dschihadistischer Milizen in der Region. In der Opération Barkhane dienen circa 5.100 französische Soldat:innen, die nicht nur im Tschad, sondern auch in Niger, Burkina Faso und bis kürzlich noch in Mali stationiert sind bzw. waren. Die Mission bildet auch die Streit- und Sicherheitskräfte der partizipierenden afrikanischen Staaten aus. Aufgrund der jüngsten Militärputsche in Mali und damit verbundenen politischen Unstimmigkeiten mit Frankreich verlegt Frankreich derzeit den Großteil seiner

Truppen aus Mali in andere Länder der Region. Laut der Military Balance von dem International Institute for Strategic Studies sind derzeit 1500 französische Soldat:innen im Chad stationiert. Der genaue Stand, in welchem Land sich wie viele Soldat:innen im Rahmen welcher Mission befinden, ist daher derzeit nicht verlässlich zu beantworten.

Im Rahmen der bilateralen Unterstützungsmission MISIN (Missione bilaterale di Supporto nella Repubblica del Niger) waren zuletzt rund 250 italienische Soldat:innen in Niger stationiert. Hinzu kamen 800 Soldat:innen aus den USA, 1.200 französische Soldat:innen und 200 deutsche Soldat:innen, wovon letztere im Rahmen der Operation Gazelle (EUTM Mali) Ausbildungshilfe liefern. Im Rahmen der belgischen Mobile Education & Training Team (METT) waren zuletzt 130 belgische Soldat:innen in Niger stationiert – die Mission sollte allerdings beendet werden. Im Rahmen der Operation New Nero wird derzeit allerdings eine neue strategische Zusammenarbeit zwischen Belgien und Niger entwickelt. Wie viele dieser in Niger stationierten Soldat:innen seit dem Militärputsch im Juli 2023 verlegt wurden – bzw. ob alle Missionen vollständig beendet oder geografisch vollständig verlagert wurden ist derzeit unklar. Laut dem International Institute for Strategies Studies sind im Niger derzeit nur noch 1.100 amerikanische Soldat:innen stationiert. Alle französische Soldat:innen wurden bis Ende 2023 abgezogen.

Großbritannien hat derzeit 80 Soldat:innen zu Ausbildungszwecken in Nigeria. Im Zuge der militärischen Ausbildungsmission EUTM RCA sowie der UN-Mission MINUSCA haben derzeit einige europäische Mitgliedsstaaten Soldat:innen in die Zentralafrikanische Republik entsandt.

Auch in Sudan und Südsudan sind derzeit im Zuge der Friedensmissionen UNMISS und UNISFA eine Vielzahl alliierter Streitkräftevor Ort, darunter auch deutsche (UNMISS: 14 Beobachter:innen).

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 12
Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Nicht beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Der Tschad ist zahlreichen Anti-Terrorismus-Abkommen nicht beigetreten. Dabei erreicht der grenzüberschreitende, militante Extremismus in der gesamten Sahelzone eine hohe Tragweite. Insbesondere die ursprünglich aus Nigeria stammende dschihadistische Miliz Boko Haram ist in der Tschadsee-Region aktiv. Durch die militärische Auseinandersetzung zwischen Regierungstruppen und Boko Haram ist die Zahl der Binnenvertriebenen in der Region drastisch angestiegen. Die International Crisis Group verweist darauf, dass seit Anfang 2015 hunderte Menschen im Tschad bei Angriffen von Boko Haram getötet und mehr als 100.000 Menschen vertrieben wurden. Am 18. Dezember 2019 kam es zu einem Angriff von Boko Haram auf das Fischerdorf Kaiga. Hierbei kamen 14 Zivilist:en ums Leben. Fünf weitere Personen wurden verletzt; 13 Menschen werden seither vermisst. Die Wirtschaft in der Tschadsee-Region leidet erheblich unter der gewaltsamen Auseinandersetzung und viele Menschen dort verloren ihre Lebensgrundlage.

Bei der Bekämpfung des militanten, islamistischen Extremismus in der Sahelzone ist der Tschad ein wichtiger Verbündeter des Westens. 2014 wurde das Regionalbündnis G5 Sahel gegründet, an dem neben dem Tschad auch Niger, Burkina Faso, Mauretanien und Mali teilnehmen. Aus dem Bündnis entstand im Juli 2017 eine gemeinsame, grenzüberschreitende Eingreiftruppe (G5 Sahel Joint Force), deren vorrangiges Ziel es ist, islamistische Milizen zu bekämpfen. Die Eingreiftruppe besteht aus 5.000 Soldat:innen und wurde sowohl vom UN-Sicherheitsrat, als auch vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union gebilligt. Ihr Einsatzgebiet erstreckt sich über jeweils 50 Kilometer auf beiden Seiten der gemeinsamen Grenzen. Darüber hinaus beteiligt sich der Tschad an der Multinational Joint Task Force (MNJTF) against Boko Haram, die unter der politischen Führung der Tschadseebecken-Kommission steht. Mandatiert wurde sie durch den Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union. Insgesamt umfasst die MNJTF etwa 11.000 Soldat:innen aus dem Tschad, Niger, Kamerun und Nigeria sowie zusätzliche 150 aus Benin. Auch rund 1.500 französische Soldat:innen beteiligen sich im Tschad im Zuge der Opération Barkhane am Kampf gegen dschihadistische Gruppierungen. Im Zuge der G5 Sahel Joint Force und der MNJTF kam es nachweislich zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen (siehe Kapitel „Politische Situation in der Region“).

Internationale Kriminalität

Tabelle 13
Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Einem Bericht des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) zufolge ist der Tschad aktuell sowohl Ursprungs-, als auch Transit- und Zielland für den Handel mit Kindern, die zu Arbeit (unter anderem Betteln, landwirtschaftliche Tätigkeiten, Arbeit in Goldminen und Kohleabbau) und Prostitution gezwungen werden. Darüber hinaus werden Kinder mitunter auf Märkten als Hüter:innen von Vieh und Kamelen verkauft. Besonders tschadische Mädchen, die auf der Suche nach Arbeit in größere Städte gehen, sind gefährdet, in Prostitution oder häusliche Sklaverei zu geraten. Unter Geflüchteten, Binnenvertriebenen und Asylsuchenden ist die Gefahr, Opfer von Menschenhandel zu werden, ebenfalls hoch. Der Bericht verweist darauf, dass der Tschad aktuell – trotz der Bemühungen der Regierung – nicht die Mindestanforderungen zur Beseitigung von Menschenhandel erfüllt.

Aus dem Tschad selbst flüchten Menschen beispielsweise über Libyen nach Europa. Er ist aber auch Transitland, beispielsweise für Personen, die aus dem Sudan kommen und aus Eritrea, Äthiopien oder Somalia stammen. Eine geringere Anzahl von Geflüchteten kommt aus Westafrika. Kriminelle Schleuser:innen und die Unsicherheit insbesondere im Nordosten Tschads machen die Fluchtrouten höchst gefährlich. Dennoch ist der Tschad, unter anderem auch wegen restriktiver Migrationsgesetze in Niger und Sudan, zum Transitland geworden. Zahlreiche Städte entlang der tschadisch-sudanesischen Grenze, darunter Abéché im Osten Tschads, haben sich zu Hochburgen von Schleuser:innen entwickelt, die ihren Lebensunterhalt mit „Menschenschmuggel" verdienen. Im September 2022 trat der Tschad dem zweiten Zusatzprotokoll (b; gegen den Schmuggel von Auswanderern), der Konvention gegen transnationale organisierte Kriminalität bei.

Der Tschad gilt außerdem als Transitland für illegalen Handel und Schmuggel von Drogen und Tabak. Die Ost-West-Route zog sich früher entlang des Nordens Nigers über den Norden Tschads und den Süden Libyens nach Ägypten und von dort aus nach Europa. Mit dem libyschen Staatszerfall 2011 verlegte sich die Route weiter in den Norden, da Schmuggler:innen so versuchen, die Gesetzlosigkeit in diesem Bürgerkriegsland auszunutzen.

Der Tschad ist ebenfalls ein Zentrum für den Schmuggel und illegalen Handel mit Waffen und Munition. Einem Bericht des UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime) zufolge werden einerseits Waffen und Munition aus Sudan, insbesondere aus Darfur, in den Osten Tschads geschmuggelt. Von dort gelangen sie beispielsweise weiter in Richtung Westafrika. So konfiszierten Sicherheitskräfte illegal gehandelte, sudanesische Waffen und Munition in Burkina Faso, Guinea, Mali und Côte d'Ivoire, die durch den Tschad geschmuggelt worden waren. Mit dem libyschen Staatskollaps sind andererseits Waffen und Munition aus Libyen im Tschad verfügbarer geworden. Forscher:innen von Conflict Armament Research (CAR) beschreiben, dass zwischen 2011 und 2012 illegaler Handel mit Waffen und Munition aus Libyen auf tschadischem Gebiet vor allem entlang dreier Routen geschah: Entlang einer Ost-West-

Route an der nördlichen Grenze nach Niger, Algerien und Mali, entlang einer Süd-Südost-Grenze zum Sudan und entlang einer Süd-West-Route durch das Land in die Tschadsee-Region. Unter beschlagnahmten Waffen der Zeit befanden sich hierbei nicht nur Klein- und leichte Waffen (SALW), sondern auch schwere Waffen. CAR hebt jedoch hervor, dass illegale Waffenlieferungen zwischen der zweiten Hälfte von 2012 und dem Erscheinen des Berichts im Jahr 2016 abnahmen. Wissenschaftler:innen vom Small Arms Survey betonen derweil, dass der illegale Handel mit Waffen und Munition, die aus libyschen Arsenalen entwendet wurden, zwar nach 2013 zurückgegangen sei, jedoch Ströme von individuellen Waffen weiter fortbestehen und zur Militarisierung der nördlichen Gemeinschaften im Tschad beitragen. Nicht unproblematisch ist zusätzlich, dass illegal gehandelte und durch die Sicherheitskräfte konfiszierte Waffen und Munition oftmals einfach in staatliche Vorräte überführt werden, wodurch die Ermittlung der Herkunft der beschlagnahmten Waffen und Munitionen nahezu unmöglich wird.

Tabelle 14
Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Der Tschad hat lediglich zwei Mal, letztmalig im Jahr 1994 dem Waffenregister der Vereinten Nationen gegenüber Bericht erstattet. Seither stehen dem Waffenregister nur sporadisch Informationen zu Ex- und Importen des Landes mittels der Berichte von Handelspartnern zur Verfügung. Im Rahmen des UN-Registers über Militärausgaben berichtete der Tschad bisher noch nicht.

Im Rahmen des Arms Trade Treaty, dem der Tschad im März 2015 offiziell beigetreten ist, hat das Land bisher keinen Bericht zu Waffentransfers eingereicht – auch ein Initialbericht wurde nicht eingereicht. Auch im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtete das Land lediglich im Jahr 2003.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage hinsichtlich der unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern im Tschad ist dürftig. Bekannt ist jedoch, dass im Tschad ein Schwarzmarkt für Waffen und Munition vorhanden ist, auf dem zum Beispiel Handfeuerwaffen, Gewehre und Sturmgewehre

vom Typ Kalaschnikow für einen Preis von umgerechnet 228 bis 760 Euro erworben werden können. Der illegale Handel mit sowie Schmuggel von Waffen und Munition hält an. Waffen und Munition gelangen vor allem durch die umliegenden Konflikte in den tschadischen Nachbarländern Libyen, Sudan und Zentralafrikanische Republik ins Land. Aber auch der „weiter entfernte" Konflikt in Mali sowie die Verbreitung bewaffneter Gruppen entlang der regionalen Grenzregionen haben dem Small Arms Survey zufolge in der Sahelregion dazu geführt, dass sich die traditionellen Handelsrouten kriminalisiert und militarisiert haben und die Kontrolle über sie in den Händen bewaffneter Akteure liegt. Nachweislich haben zwischen 2012 und 2014 Waffen und Munition, die nach dem Staatszusammenbruch Libyens im Jahr 2011 aus den nationalen Vorräten entwendet wurden, die Grenze zum Tschad passiert, darunter auch tragbare Flugabwehrraketen (MANPADS). Geschmuggelte Waffen und Munition erreichten mitunter nicht-staatliche Gruppierungen, darunter die Union of Forces for Democracy and Development (UFDD) und die Rally for Democratic Forces (RFC).

Der Tschad war lange primäres Transitland für libysche Rüstungsgüter nach Sudan oder Mali. Zwar ist der Schmuggel zwischen Libyen und dem Tschad mit Waffen und Munition, die aus staatlichen Vorräten gestohlen wurden, nach 2014 wieder zurückgegangen und beschränkt sich nun vor allem auf kleinere Mengen, die in Folge lokaler Konflikte beispielsweise im Norden Tschads nachgefragt werden. Allerdings bleiben der Diebstahl und die Weiterverbreitung aus nationalen Arsenalen im Tschad, wie in der gesamten Sahelregion, ein Problem. Ein Bericht des Small Arms Survey aus dem Jahr 2019 dokumentiert, dass Sicherheitskräfte in der Zentralafrikanischen Republik Waffen konfiszierten, die aus tschadischen Nationalvorräten stammen.

Auch verweist ein Bericht des UNREC (United Nations Regional Centre for Peace and Disarmament in Africa) und des UNDP (United Nation Development Programme) von 2016 darauf, dass im Tschad libysche Waffen, darunter Sturmgewehre, Raketenwerfer und automatische Maschinengewehre, weiter an dschihadistische Milizen in der Sahelregion, wie AQIM, Splittergruppen des Islamischen Staats oder Boko Haram, verkauft wurden. Hierbei seien auch Teile der tschadischen Armee involviert gewesen. Der illegale Waffenhandel zwischen tschadischen Soldat:innen und Anhänger:innen von Boko Haram finde insbesondere in der kamerunischen Stadt Kousseri und im Norden des Landes statt. Zudem greifen Milizen wie Boko Haram militärische Einrichtungen in der Region an, um Waffen und Munition zu rauben.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 8
Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

The government has used the COVID-19 pandemic – official numbers record only around 4,000 infections and up to 140 deaths – to further limit the freedom of the opposition and civil society and thus to contain frustration and protest. Health laws, sanitary regulations and curfews only applied to meetings and marches of the political opposition, human rights organizations, critical media and students. While Déby had already begun the electoral campaign, the opposition was forced to stay at home. It is not exaggerated to state that the pandemic helped the regime to strengthen its grip on power. The regime was also assisted by the decisions of the G20 and IMF to meet the financial strains caused by the pandemic through debt-service waivers and extensions of grant-based debt-service relief, as otherwise Chad would have

been unable to repay loans. The macroeconomic performance continues to be poor. The government has failed to implement economic reforms, as demanded by the IMF and other international donors. Diversification of the economy is urgently required in order to decrease dependence on the international market's oil prices. Members of the inner power circle are the beneficiaries of widespread corruption. Therefore, the issue has not been seriously addressed, despite repeated demands from the IMF.

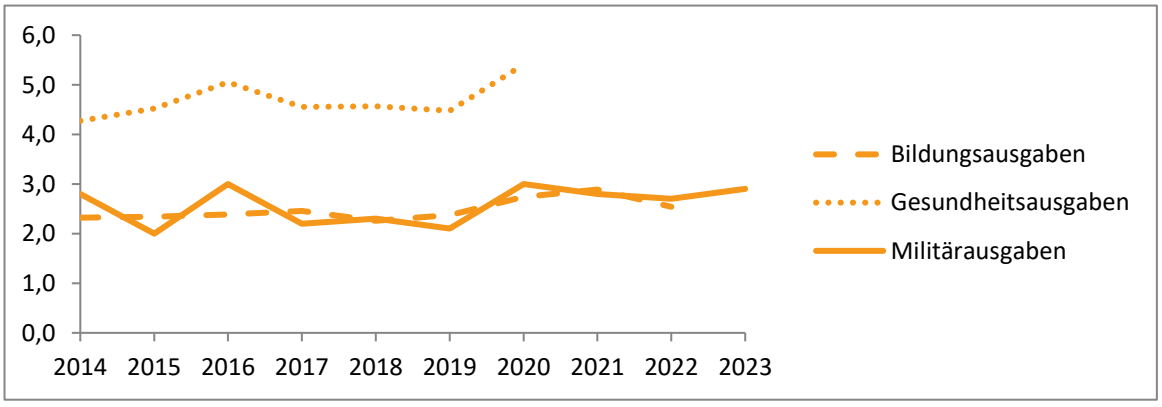
Quelle: ***https://atlas.bti-project.org/***

Tabelle 15
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	242	313	311	332	339
Militärausgaben/BIP	2,1	3,0	2,8	2,7	2,9
Gesundheitsausgaben/BIP	4,5	5,4	-	-	-
Bildungsausgaben/BIP	2,4	2,7	2,9	2,5	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5
Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben), World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 16
Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2018	2019	2020	2021	2022
Auslandsverschuldung	3181	3216	3487	3586	3471
Anteil am BIP (in Prozent)	28,3	28,4	32,5	30,4	28
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	320,39	292,18	284,89	312,33	299,77
Net ODA (% of GNI)*	2,79	2,49	2,78	2,8	-
Deutsche ODA Zahlungen*	39,47	42,61	39,95	35,21	49,29

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US$ (2022).
Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 17
Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	124,3	136	136,7	139	140,9
Index-Platzierung	53	44	45	35	35

Tabelle 18
Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Libyen	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Sudan	Militarisierungswert	120,1	107,5	107,9	107,2	89,7
	Index-Platzierung	56	72	71	69	90
Zentralafrikanische Republik	Militarisierungswert	94,8	94,8	102	91,9	100,7
	Index-Platzierung	82	86	78	86	75
Kamerun	Militarisierungswert	76,2	75	72,9	74,2	74,7

		2019	2020	2021	2022	2023
Nigeria	Index-Platzierung	109	109	111	107	105
	Militarisierungswert	47,4	51,8	62,8	52,8	57,6
Niger	Index-Platzierung	142	138	126	135	132
	Militarisierungswert	79,7	80,8	76,4	102	115,5
	Index-Platzierung	106	104	108	73	59

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.
https://gmi.bicc.de/ranking-table

Tabelle 19
Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2019	2020	2021	2022	2023
Libyen	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Sudan	Militärausgaben (absolut)	1950	1132	668	-	-
	Militärausgaben/BIP	1,6	1,0	0,9	-	-
Zentralafrikanische Republik	Militärausgaben (absolut)	43	45	52	42	57
	Militärausgaben/BIP	1,8	1,9	2,2	1,7	2,3
Kamerun	Militärausgaben (absolut)	442	394	419	417	414
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,0	1,0	0,9	0,9
Nigeria	Militärausgaben (absolut)	2488	3202	5008	3109	3731
	Militärausgaben/BIP	0,5	0,6	1,0	0,7	0,8
Niger	Militärausgaben (absolut)	259	238	188	243	309
	Militärausgaben/BIP	1,9	1,7	1,4	1,7	2,1

Angaben in konstanten Mio. US$ (2022).
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 20
Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2021	2022
HDI-Wert	0,398	0,403	0,397	0,394	0,394

Quelle: https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks
Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung:

Der Tschad ist eins der ärmsten Länder der Welt und gilt nicht nur als „low-income economy", sondern auch als hochverschuldet. Aufgrund der schwach diversifizierten und kleinen Wirtschaft ist das Land abhängig von Ölexporten und Landwirtschaft und gilt als sehr krisenanfällig und ausgesprochen vulnerabel. 88 % der Bevölkerung leben von Subsistenzwirtschaft. Die menschliche Entwicklung ist entsprechend desaströs. Im HDI belegt das Land den vorletzten Platz und so gut wie alle sozioökonomischen Indikatoren weisen auf die desaströse Lage hin, die sich auch in der schleppenden bis stagnierenden Zielerreichung der SDGs widerspiegelt. Nicht einmal die grundlegendsten Ziele scheinen sich zu verbessern. Zusätzliche Stressoren (wie bspw. ein hohes Bevölkerungswachstum oder zunehmende klimatische Extrembedingungen) werden die Lage in naher Zukunft vermutlich verschlimmern – außerdem stellen Korruption und bewaffnete Gruppen in der Region ein großes Entwicklungshindernis dar. Die Militärausgaben lagen in den vergangenen 10 Jahren bei durchschnittlich 2,9 %, Gesundheitsausgaben bei 4,6 % und Bildungsausgaben bei 2,5 % des BIP. Das ohnehin stark militarisierte, hoch verschuldete LDC läuft also Gefahr, dass überhöhte Verteidigungsausgaben die Entwicklung des Landes negativ beeinflussen. Rüstungsexporte in den Tschad sind demnach als kritisch zu bewerten.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 710 US-Dollar pro Kopf gilt der Tschad als „low-income economy" und ist zudem ein „heavily indebted poor country". Allein beim Internationalen Währungsfonds stehen derzeit rund eine halbe Milliarde US-Dollar Schulden aus, insgesamt ist das Land mit rund 3,5 Mrd. US-Dollar verschuldet. Die Auslandsverschuldung liegt bei 3,4 Milliarden Dollar, 28% des BIPs. Bereits 2015 wurden unter der HIPC-Initiative sowie der Multilateral Debt Relief Initiative der Schuldenstand von damals rund 2,4 Mrd. US-Dollar um ein Drittel reduziert. Auch im Zuge der mit der Covid-19 Pandemie gesunkenen Öleinnahmen, welche die tschadische Wirtschaft hart getroffen hatten, wurde über einen weiteren Schuldenerlass diskutiert. Aufgrund der seither wieder gestiegenen Preise wurde diese Erleichterung aber im Oktober 2022 abgelehnt. Die Wirtschaft des Tschads ist klein, in den letzten Jahren sogar teilweise geschrumpft und wenig diversifiziert. Sie gilt somit als nicht

besonders krisenfest. Vielmehr ist das Land abhängig von Ölexporten und Landwirtschaft. So belegt das Land im Global Competitiveness Index von 2019 den letzten Platz unter 141 Ländern und ist nicht wettbewerbsfähig. Laut den Daten der World Bank basieren rund 25,1% der Wirtschaftsleistung auf Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, was einen bedrohlichen Wert darstellt, da weitere Krisen (wie etwa Dürren und andere Naturkatastrophen) schlecht aufgefangen werden können. Rund 88 % der Bevölkerung leben von Subsistenzlandwirtschaft. Öleinnahmen machten 2021 16,6% des BIPs aus.

Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,394 belegt das Land einen der letzten Plätze auf dem HDI und gilt als Land der Kategorie „geringe menschlicher Entwicklung". Es liegt damit auch hinter seinen Nachbarländern und gilt als Least Developed Country – lediglich der Südsudan schneidet noch schlechter ab. Gelder der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit machen nur etwa 2,8 % des Bruttonationaleinkommens aus, was theoretisch keine Abhängigkeit von diesen Geldern bedeutet. Nichtsdestotrotz lebt ein großer Teil der Bevölkerung in absoluter Armut. 2022 lebten rund 30,8 % der Bevölkerung von weniger als 2,15 Dollar pro Tag, rund 89% von unter 6,85 Dollar am Tag, was äußerst bedenkliche Werte darstellen. (Jugend-)Arbeitslosigkeit hingegen scheint laut Weltbankdaten kein Problem darzustellen – 1,5 % (ILO-Schätzungen) liegen diese sogar außergewöhnlich niedrig. Dennoch sind die meisten weiteren sozialen Indikatoren desaströs: die Müttersterblichkeit lag zuletzt bei 1.063 von 100.000 Lebendgeburten (weltweiter Durchschnitt: 214), die Kindersterblichkeit bei 107 von 1.000 Lebendgeburten (weltweiter Durchschnitt: 38), die Lebenserwartung bei 53 Jahren, die Alphabetisierungsquote bei 36% der Bevölkerung. Grundsätzlich gelten Bildungs- und Gesundheitssystem als unzureichend. Aktuell sind im Tschad 6Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. 2022 waren darunter rund 570.000 Geflüchtete aus den Nachbarländern. Zudem gibt es weitere Stressoren: eine wachsende Bevölkerung – die sich primär auf Nettomigration und eine sehr hohe Geburtenrate (pro Frau werden 6,2 Kinder geboren) zurückführen lassen – sowie der Klimawandel stellen eine ernsthafte Bedrohung für den Tschad dar. Derzeit wächst die tschadische Bevölkerung um mehr als 3 % pro Jahr und klimatische Extrembedingungen nehmen zu. Tschad gilt hier aufgrund der geografischen Lage als eins der vulnerabelsten Länder weltweit. Ein weiteres Problem ist eine hohe Korruption, die oftmals nur den engen Machtzirkel der Elite bevorteilt sowie bewaffnete Gruppen (bspw. Boko Haram), die den Handel mit Nachbarländern erheblich beeinträchtigen.

Im Hinblick auf die Sustainable Development Goals scheint der Tschad keine bis kaum Fortschritte zu machen. Selbst die grundlegendsten der 17 Ziele (Hunger, Armut, Gesundheit, Bildung, Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäranlagen) stellen weiterhin große Herausforderungen dar – so ist etwa auch Unterernährung weiterhin verbreitet und die Einschulungsraten bleiben niedrig. Die Militärausgaben lagen in den vergangenen 10 Jahren bei durchschnittlich 2,6%, Gesundheitsausgaben bei 4,7 % und Bildungsausgaben bei 2,5 % des BIP. Damit ist der Anteil der der Verteidigung zugewiesenen Ressourcen ausgesprochen hoch und sogar höher als die Aufwendungen für Bildung. Im Hinblick hierauf sowie die starke Militarisierung des Tschads (Rang 35 im jüngsten Globalen Militarisierungsindex) muss die Bewertung der BICC-Datenbank im Hinblick auf die potenziellen Verdrängungseffekte durch Rüstungskäufe („kritisch") also bestätigt werden. Die Gefahr, dass die Zuwendungen in den militärischen Sektor die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen, ist durchaus gegeben.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT
Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION Marc von Boemcken
LAYOUT bicc
GRAFIK Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Februar 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte". Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

MITGLIED DER JRF Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft